

Jahresabschluss und Lagebericht der Deutschen Bank AG 2007



Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Theodor-Heuss-Allee 70
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (069) 910-00
deutsche.bank@db.com

Inhalt

01 // Lagebericht

Wirtschaftliche Entwicklung in 2007	02
Erfolgsrechnung	03
Bilanz	07
Vergütungsbericht	10
Sonstige Angaben	16
Risikobericht	20
Ausblick	24

02 // Jahresabschluss

Bilanz der Deutschen Bank AG	30
Gewinn-und-Verlust-Rechnung der Deutschen Bank AG	32

03 // Anhang

Grundlagen und Methoden	34
Erläuterungen zur Bilanz	36
Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung	50
Sonstige Angaben	51

04 // Bestätigungen

Versicherung der gesetzlichen Vertreter	53
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	54

05 // Gremien

Vorstand	55
Aufsichtsrat	56
Regional Advisory Boards	58

Lagebericht

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN 2007

Die Weltwirtschaft hat sich im Jahr 2007 insgesamt positiv entwickelt und erreichte ein überdurchschnittliches Wachstum von 4,9 %. Während die Wachstumsraten in den Märkten der Schwellenländer weiterhin bei fast 8 % lagen, verlangsamte sich das Wachstum in den Industrienationen, insbesondere in den USA. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg dort in 2007 nur um durchschnittlich 2,2 % nach 2,9 % in 2006. Im Gegensatz dazu konnte im Euroraum wiederum ein Wachstum von 2,7 % erzielt werden. In Deutschland verringerte sich das Wachstum zwar von 2,9 % auf 2,5 %. Darin war jedoch eine Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozentpunkte Anfang 2007 verkräftet.

Die Geld- und Kapitalmärkte standen in der zweiten Jahreshälfte 2007 im Zeichen der Finanzkrise. Nachdem die 10-jährigen Renditen in den USA bis zur Jahresmitte noch um fast $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte auf 5,30 % gestiegen waren, gaben sie danach bis zum Jahresende infolge der Neubewertung von Risiken, der Flucht in Qualität sowie der aufgetretenen Rezessionsängste um gut $1\frac{1}{4}$ Prozentpunkte auf rund 4 % nach. Die Renditeentwicklung in Deutschland und im Euroraum insgesamt verlief weniger stark ausgeprägt, sodass die deutschen langfristigen Renditen zum Jahresende 2007 um rund 25 Basispunkte über den amerikanischen lagen. Zum Jahresbeginn lagen sie dagegen noch 80 Basispunkte unter vergleichbaren amerikanischen Renditen. Die US-Notenbank nahm von September bis zum Jahresende ihren Leitzins um einen Prozentpunkt auf 4,25 % zurück, um eine drohende Rezession zu vermeiden und insbesondere um auf die tief greifenden Verwerfungen am Geldmarkt zu reagieren. Die Europäische Zentralbank beendete ihren Zinserhöhungskurs und stellte – wie die US-Notenbank – zur Abmilderung der Finanzkrise umfangreich Liquidität zur Verfügung. Eine noch ausgeprägtere Berg- und Talfahrt als die Anleihemärkte verzeichneten die Aktienmärkte. Nachdem sich die Notierungen bis etwa zur Jahresmitte von der im März erfolgten Korrektur wieder erholt und teilweise Allzeithochs erreicht hatten, folgten anschließend mehrere Einbrüche und kurzfristige Erholungsphasen. Insgesamt schloss der S&P 500 zum Jahresende nur leicht über seinem Jahreseinstandskurs und verlor über 6 % gegenüber seinem Anfang Oktober erzielten Hoch. 2006 hatte der S&P 500 noch um über 11 % zugelegt. Die Entwicklung des Dax verlief merklich volatil, wies aber die gleichen Vorzeichen auf wie der S&P 500.

Für die Banken zeichnete sich das Jahr 2007 durch zwei grundlegend verschiedene Hälften aus: In den ersten sechs Monaten blieb das freundliche Umfeld der Vorjahre weitgehend unverändert, auch wenn vom US-Immobilienmarkt bereits erste Warnsignale kamen. Die Weltwirtschaft setzte ihren deutlichen Wachstumskurs zunächst fort, Kapitalmarktaktivitäten florierten bis in den Sommer hinein und die Ausfallraten im Kreditgeschäft stiegen meist nur moderat.

Die bedeutendste Ausnahme war das nordamerikanische Hypothekengeschäft, wo schon seit 2006 immer mehr Schuldner Zahlungsschwierigkeiten bekamen und gleichzeitig die Immobilienpreise zu sinken begannen. Dies führte schließlich seit Sommer 2007 zu zunehmenden Verlusten bei verbrieften Kreditforderungen, Ratingabstufungen, steigender Risikoaversion und einem Vertrauensverlust sowohl in die Werthaltigkeit von Kreditpapieren als auch in die Bonität von Finanzinstituten allgemein. Das Geschäft kam in weiten Teilen der Kapitalmärkte praktisch zum Erliegen oder erlitt erhebliche Einbußen, so unter anderem die Emission und der Handel von verbrieften Forderungen, die Syndizierung von Großkrediten, die Finanzierung von Fusionen und Übernahmen oder das Aktienemissionsgeschäft. Insgesamt erlitten zahlreiche Banken weltweit erhebliche Verluste, die sie zum Teil zur Aufnahme frischen Kapitals – oft durch den Einstieg neuer strategischer Investoren – bewegten.

Die Kreditkrise überschattete nachfolgend auch die weitere Entwicklung in den eher kapitalmarktfernen Bereichen. Das Firmen- und Privatkundengeschäft trübte sich zwar ein, gestaltete sich jedoch weniger schwierig als das Investment Banking. In der Unternehmensfinanzierung ging die Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte ebenfalls deutlich zurück, da Investitionspläne aufgrund der erwarteten Abkühlung der Gesamtwirtschaft aufgeschoben wurden. Ausfälle von privaten Kreditnehmern nahmen vor allem in den USA, aber auch in einzelnen europäischen Märkten deutlich zu, sodass die Risikovorsorge anstieg. Zinssenkungen der US-Notenbank und das Ende des Straffungszyklus in Europa konnten die Lage zunächst nur bedingt entspannen.

ERFOLGSRECHNUNG

Das Geschäftsjahr 2007 stellte die Deutsche Bank AG vor große Herausforderungen. Ausgehend von der Subprime-Hypothekenkrise in den Vereinigten Staaten, geriet das globale Finanzsystem in erhebliche Turbulenzen und in einigen Märkten kam es zu Liquiditätsengpässen. In diesem schwierigen Marktumfeld hat sich die Bank dank ihrer starken Wettbewerbsposition und eines effizienten Risikomanagements gut behauptet. Damit hat die Bank ihre Stärke und Widerstandsfähigkeit unter Beweis gestellt, gerade auch in turbulenten Zeiten.

Insgesamt erwirtschaftete die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr ein gutes Ergebnis. Der Gewinn vor Steuern belief sich auf 4,7 Mrd €. An dem guten Ergebnis sollen unsere Aktionäre partizipieren. Deshalb schlagen wir der Hauptversammlung die Anhebung der Dividende von 4,00 Euro auf 4,50 Euro je Stückaktie vor. Dies ist eine Steigerung um 12,5 %. Gegenüber dem Jahr 2003 hat sich damit die Dividende verdreifacht.

WEITERER ANSTIEG DES ZINSÜBERSCHUSSES

Wie auch in den Vorjahren setzte sich der kräftige Zuwachs des Zinsüberschusses weiter fort. Im Berichtsjahr stieg der Zinsüberschuss um 8,1 % auf 10.935 Mio €. Das Zinsergebnis profitierte sowohl von der Volumenausweitung im Kredit- und Geldmarktgeschäft als auch von höheren Erträgen aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen sowie aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren. Auch die Zinserträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen übertrafen den Vorjahreswert deutlich (+ 25,3 %).

Von den Erträgen aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen von 1.369 Mio € (– 1.117 Mio €) betrafen unter anderem 719 Mio € die Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG und 466 Mio € die DB Capital Markets (Deutschland) GmbH. Der Vorjahreswert war begünstigt durch Einmalerträge der DB Capital Markets (Deutschland) GmbH aus der Veräußerung von Anteilen an der EUROHYPO AG.

PROVISIONSGESCHÄFT MIT STABLEM ERGEBNISBEITRAG

Der Provisionsüberschuss verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 4,5 % und lieferte mit 5.666 Mio € wiederum einen stabilen Beitrag zum Ergebnis. Der größte Teil des Zuwachses ist auf Provisionen aus dem Dienstleistungsgeschäft mit Tochtergesellschaften zurückzuführen. Darüber hinaus stiegen die Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft (+ 8,8 %), insbesondere aus dem Kommissions- und Platzierungsgeschäft mit Aktien sowie aus dem M&A-Geschäft. Dagegen blieben die Provisionen aus der Kreditbearbeitung und der Vermögensverwaltung unter dem Vergleichswert des Vorjahres.

NETTOERTRAG AUS FINANZGESCHÄFTEN KRÄFTIG GESTIEGEN

Die Handelsbereiche erwirtschafteten, trotz schwieriger Marktbedingungen im zweiten Halbjahr, ein insgesamt erfreuliches Ergebnis. Der Nettoertrag aus Finanzgeschäften erhöhte sich um 597 Mio € oder 33,0 % auf 2.407 Mio €, im Wesentlichen durch das gute Ergebnis aus dem Geschäft mit Zinsprodukten.

GERINGERE PERSONAL- UND SACHKOSTEN

Der Verwaltungsaufwand reduzierte sich insgesamt um 112 Mio € oder 0,9 % auf 11.962 Mio €. Die mit der Ausweitung unserer Geschäftsaktivitäten verbundene Erhöhung des Verwaltungsaufwands wurde durch Wechselkurseffekte, vor allem des US-Dollar, kompensiert. Die Personalaufwendungen gingen um 0,9 % auf 7.042 Mio € zurück, insbesondere durch niedrigere leistungsabhängige Vergütungen.

Die Anzahl der Mitarbeiter nahm um 2.748 auf 30.526 zu.

Nachstehende Tabelle zeigt die Zuordnung der Mitarbeiter nach geografischen Regionen:

	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung
Bundesrepublik Deutschland	12.345	12.366	- 21
Europa ohne Deutschland	8.903	7.705	+ 1.198
Amerika	2.072	2.254	- 182
Afrika/Asien/Australien	7.206	5.453	+ 1.753
Insgesamt	30.526	27.778	+ 2.748

Die Zunahme der Mitarbeiterzahl in den Regionen Europa ohne Deutschland beziehungsweise Afrika/Asien/Australien entfiel vor allem auf Niederlassungen in Großbritannien beziehungsweise in Singapur und Indien.

Auch die anderen Verwaltungsaufwendungen ermäßigten sich um 1,1 % auf 4.695 Mio €, in erster Linie durch niedrigere Mieten für Gebäude sowie die geringere Inanspruchnahme von Beratungsleistungen.

Auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen waren 226 Mio € abzuschreiben (Vorjahr: 220 Mio €).

Aus sonstigen betrieblichen Erträgen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen verblieb per saldo ein Aufwand von 1.222 Mio €, der, ausgelöst durch die Subprime-Krise, Verluste und Wertberichtigungen auf Finanzinstrumente enthält.

ERHÖHTER VORSORGEBEDARF

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft werden in Höhe von 453 Mio € (2006: Ertrag 433 Mio €) ausgewiesen. Der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft waren, nach Aufrechnung von Eingängen aus früheren Abschreibungen auf Forderungen, 77 Mio € zuzuführen; aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve (bestimmte Wertpapiere) resultiert per saldo ein Aufwand von 376 Mio €, der größtenteils auf Wertanpassungen zurückzuführen ist.

BETRIEBSERGEBNIS

Die Bank erwirtschaftete im Berichtsjahr ein Betriebsergebnis von 5.371 Mio €; es blieb um 18,2 % unter dem Vorjahreswert, der allerdings durch den Gewinn aus der Verschmelzung der DB Value GmbH auf die Deutsche Bank AG sowie durch höhere Gewinnabführungen aus der Veräußerung von Anteilen an der EUROHYPO AG begünstigt war.

ÜBRIGE ERTRÄGE/AUFWENDUNGEN

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere beliefen sich – nach der gemäß § 340c Abs. 2 HGB vorgenommenen Verrechnung mit Erträgen – auf 582 Mio €. Der Aufwand enthält größtenteils Wertanpassungen von Anteilen an verbundenen Unternehmen, die unter Ausnutzung des handelsrechtlichen Wahlrechts auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben wurden.

STEUERN

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen im Berichtsjahr 1.835 Mio €. Der Anstieg um 1.216 Mio € gegenüber 2006 beruht im Wesentlichen darauf, dass im Vorjahr Einmaleffekte wie die Aktivierung von Körperschaftsteuerguthaben in Deutschland und die Auflösung von Steuerrückstellungen in verschiedenen Ländern sich steuermindernd ausgewirkt hatten.

JAHRESÜBERSCHUSS

Im Berichtsjahr erzielte die Bank einen Jahresüberschuss von 2.757 Mio €. Infolge des höheren Bestands an Eigenen Aktien haben wir aus dem Jahresüberschuss (einschließlich 94 Mio € Gewinnvortrag) der Rücklage für eigene Anteile 244 Mio € zugeführt. Die anderen Gewinnrücklagen wurden mit 220 Mio € dotiert.

GEWINNVERWENDUNGSVORSCHLAG: ANHEBUNG DER DIVIDENDE

Nach Zuführung zu den Gewinnrücklagen beläuft sich der Bilanzgewinn auf 2.387 Mio €. Wir schlagen unseren Aktionären vor, den Bilanzgewinn zur Zahlung einer von 4,00 € auf 4,50 € erhöhten Dividende je Stückaktie zu verwenden. Die Ausschüttungssumme steigt durch die Anhebung der Dividende um 263 Mio € sowie durch Kapitalerhöhungen aus der Ausübung von Optionsrechten um 25 Mio €.

Aus der Gewinn-und-Verlust-Rechnung der Deutschen Bank AG:

in Mio €	2007	2006	Veränderung	
			in Mio €	in %
Zinserträge ¹	38.841	32.670	+6.171	+18,9
Laufende Erträge ²	9.019	8.573	+446	+5,2
Zinserträge insgesamt	47.860	41.243	+6.617	+16,0
Zinsaufwendungen	36.925	31.129	+5.796	+18,6
Zinsüberschuss	10.935	10.114	+821	+8,1
Provisionserträge	7.355	6.723	+632	+9,4
Provisionsaufwendungen	1.689	1.300	+389	+29,9
Provisionsüberschuss	5.666	5.423	+243	+4,5
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	2.407	1.810	+597	+33,0
Löhne und Gehälter	5.764	5.759	+5	+0,1
Soziale Abgaben ³	1.278	1.348	-70	-5,2
Personalaufwand	7.042	7.107	-65	-0,9
Andere Verwaltungsaufwendungen ⁴	4.920	4.967	-47	-0,9
Verwaltungsaufwand	11.962	12.074	-112	-0,9
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen	-1.222	863	-2.085	
Risikovorsorge	453	-433	+886	
Betriebsergebnis	5.371	6.569	-1.198	-18,2
Saldo der übrigen Erträge/Aufwendungen	-717	-1.625	+908	
Jahresüberschuss vor Steuern	4.654	4.944	-290	-5,9
Steuern	1.897	664	+1.233	+185,1
Jahresüberschuss	2.757	4.280	-1.523	-35,6
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	94	47	+47	
	2.851	4.327	-1.476	
Einstellungen in Gewinnrücklagen	464	2.228	-1.764	
- in die Rücklage für eigene Anteile	244	1.780	-1.536	
- in andere Gewinnrücklagen	220	448	-228	
Bilanzgewinn	2.387	2.099	+288	+13,7

1 Aus Kredit- und Geldmarktgeschäften, festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen.

2 Aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen (einschließlich Gewinnabführungsverträgen) sowie dem Leasinggeschäft.

3 Einschließlich Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

4 Einschließlich Normalabschreibungen auf Sachanlagen.

BILANZ

Zum Jahresende 2007 betrug die Bilanzsumme der Deutschen Bank AG 1.886,8 Mrd €. Die Volumenausweitung um 432,1 Mrd € oder 29,7 % entfiel größtenteils auf den Anstieg positiver und negativer Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die ihren Niederschlag in den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise sonstigen Verbindlichkeiten finden. Es handelt sich dabei überwiegend um zins-, währungs- und kreditbezogene Produkte. Darüber hinaus trugen die Ausweitung des Kreditvolumens sowie die höheren Bestände an Wertpapieren maßgeblich zum Wachstum der Bilanzsumme bei.

KREDITVOLUMEN

Die seit 2005 zu beobachtende Entwicklung einer kräftigen Kreditausweitung setzte sich auch im Berichtsjahr unvermindert fort. Das Kreditvolumen (ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Forderungen aus Wertpapierleih- und Wertpapierkassageschäften) wuchs um 85,1 Mrd € (+ 31,0 %) auf 360,0 Mrd €. Der Volumenanstieg vollzog sich überwiegend bei unseren Auslandsfilialen, zum Teil durch höhere Ausleihungen an eigene Konzernunternehmen.

An Firmen- und institutionelle Kunden waren insgesamt 306,2 Mrd € (+ 62,7 Mrd €) sowie an Privat- und Geschäftskunden 5,6 Mrd € (– 0,2 Mrd €) ausgereicht; die im Kreditvolumen enthaltenen Kredite an Kreditinstitute verdoppelten sich auf 42,1 Mrd €.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des Kreditvolumens (ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Forderungen aus Wertpapierleih- und Wertpapierkassageschäften):

in Mrd €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung	
			in Mrd €	in %
Forderungen an Kunden	317,5	253,9	+63,6	+25,0
mit einer Restlaufzeit von				
bis zu 5 Jahren ¹	290,5	226,3	+64,2	+28,4
mehr als 5 Jahren	27,0	27,6	–0,6	–2,2
Wechselkredite²	0,4	0,5	–0,1	–16,0
Kredite an Kreditinstitute	42,1	20,5	+21,6	+105,4
mit einer Restlaufzeit von				
bis zu 5 Jahren ¹	33,2	16,9	+16,3	+96,8
mehr als 5 Jahren	8,9	3,6	+5,3	+145,5
Insgesamt	360,0	274,9	+85,1	+31,0

1 Einschließlich täglich fälliger und mit unbestimmter Laufzeit.

2 Soweit nicht unter Forderungen ausgewiesen.

Forderungen an Kreditinstitute (ohne Kredite) nahmen um 28,8 Mrd € auf 215,3 Mrd € zu, vornehmlich durch höhere täglich fällige Verrechnungskonten mit Auslandsbanken sowie durch Ausweitung der durch Wertpapiere unterlegten Geldgeschäfte. Die darin enthaltenen Forderungen an eigene Konzernbanken beliefen sich auf 54,2 Mrd € (+ 2,0 Mrd €).

Das Gesamtvolumen der durch Wertpapiere unterlegten Geldgeschäfte – einschließlich der mit Kunden abgeschlossenen Geschäfte – stieg um 26,5 Mrd € auf 238,3 Mrd €.

Infolge höherer Guthaben auf täglich fälligen Konten sowie verstärkt hereingenommener kurzfristiger Termineinlagen nahmen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 38,4 Mrd € auf 495,5 Mrd € zu; darin sind Einlagen von unseren Konzernbanken in Höhe von 101,7 Mrd € (+ 7,8 Mrd €) enthalten.

WERTPAPIERE

Die Bestände an Wertpapieren haben wir weiter aufgestockt, und zwar Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere um 22,9 Mrd € auf 230,4 Mrd € sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere um 13,2 Mrd € auf 127,9 Mrd €. Der weitaus größte Teil der Wertpapiere ist dem Handelsbestand zuzurechnen.

BETEILIGUNGEN

Der unter Beteiligungen bilanzierte Anteilsbesitz ermäßigte sich um 0,4 Mrd € auf 0,9 Mrd €; Zugängen von 0,2 Mrd € standen Verkäufe und sonstige Abgänge von 0,6 Mrd € gegenüber.

ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden nach einem Anstieg um 0,5 Mrd € mit 38,3 Mrd € ausgewiesen. Die Zugänge betreffen insbesondere Kapitalerhöhungen, darunter Taunus Corporation, Wilmington; andererseits waren Abgänge zu verzeichnen, vor allem aus der Verschmelzung einer Finanzierungsgesellschaft auf die Deutsche Bank AG. Außerdem waren auf Anteile an verbundenen Unternehmen Wertanpassungen auf den niedrigeren Zeitwert vorzunehmen.

EIGENE AKTIEN

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 24. Mai 2007 wurde ein weiteres Aktienrückkaufprogramm aufgelegt, das den Rückkauf von bis zu 10 % unserer ausstehenden Aktien erlaubt. Von diesem Beschluss sowie von dem Beschluss aus der Hauptversammlung vom 1. Juni 2006 haben wir im Jahr 2007 Gebrauch gemacht und Eigene Aktien erworben. Zusammen mit den übrigen Handelsbeständen belief sich der Bestand an Eigenen Aktien am 31. Dezember 2007 auf 29,2 Mio Stück (31.12.2006: 25,9 Mio Stück).

EINLAGEN VON KUNDEN

Die Einlagen von Kunden verzeichneten einen deutlichen Zuwachs um 126,6 Mrd € (+ 32,2 %) auf 520,3 Mrd €. Sowohl täglich fällige Gelder (+ 80,3 Mrd € oder + 45,1 %) als auch Termineinlagen (+ 44,5 Mrd € oder + 20,9 %) zeigten markante Wachstumsraten. Auch die Spareinlagen stiegen beachtlich um 1,8 Mrd € auf 5,1 Mrd €. Die Einlagen von Kunden enthielten durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte in Höhe von 98,8 Mrd € (+ 22,1 Mrd €).

Verbriefte Verbindlichkeiten erhöhten sich per saldo um 46,9 Mrd € auf 189,1 Mrd €. Dem Rückgang von Geldmarktpapieren um 9,0 Mrd € stand eine kräftige Zunahme begebener Schuldverschreibungen (+ 10,8 Mrd €) sowie anderer verbriefteter Verbindlichkeiten (+ 45,1 Mrd €) gegenüber.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Verbindlichkeiten:

in Mrd €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung	
			in Mrd €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	495,5	457,1	+38,4	+8,4
täglich fällig	286,1	269,4	+16,7	+6,2
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	209,4	187,7	+21,7	+11,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	520,3	393,7	+126,6	+32,2
Spareinlagen	5,1	3,3	+1,8	+58,5
andere Verbindlichkeiten				
täglich fällig	258,3	178,0	+80,3	+45,1
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	256,9	212,4	+44,5	+20,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	189,1	142,2	+46,9	+33,0
begebene Schuldverschreibungen	33,4	22,6	+10,8	+47,9
andere verbrieftete Verbindlichkeiten	155,7	119,6	+36,1	+30,2
(darunter Geldmarktpapiere)	(26,6)	(35,6)	(-9,0)	(-25,5)

Nachrangige Verbindlichkeiten blieben mit 13,8 Mrd € unverändert.

EIGENKAPITAL

Einschließlich des um 0,3 Mrd € auf 2,4 Mrd € gestiegenen Bilanzgewinns belief sich das Eigenkapital der Deutschen Bank AG auf 23,2 Mrd € (+ 1,2 Mrd €). Der Rücklage für eigene Anteile waren 0,2 Mrd € zuzuführen, bedingt durch den gegenüber dem 31.12.2006 höheren Bestand an Eigenen Aktien; die anderen Gewinnrücklagen haben wir mit 0,2 Mrd € dotiert. Darüber hinaus führte die Ausübung von Optionsrechten zu einem Kapitalzufluss von 0,5 Mrd €.

Bezüglich des bankaufsichtsrechtlichen Kapitals macht die Bank von § 2a KWG Gebrauch und ermittelt diese Kapitalbasis nur noch auf Konzernebene (siehe Seite 23).

EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Die Finanzmärkte blieben Anfang 2008 weiterhin den außergewöhnlich schwierigen Bedingungen ausgesetzt, die in der zweiten Jahreshälfte 2007 begonnen hatten und die in den direkt davon betroffenen Bereichen zu erheblich niedrigeren Geschäftsvolumina geführt hatten. Zu diesen hauptsächlich betroffenen Bereichen zählt das Geschäftsfeld Leveraged Finance. Der Preisverfall in diesem Marktsegment hat sich auch über den Bilanzstichtag hinaus fortgesetzt. Dies dürfte dazu führen, dass der Konzern zusätzliche Abschreibungen auf seine Risikopositionen im Leveraged-Finance-Bereich vornehmen muss, sollte sich keine Verbesserung der Marktbedingungen einstellen. Zum 31. Dezember 2007 hatte der Konzern Risikopositionen in diesem Bereich von 36,2 Mrd €. Die Höhe der finanziellen Auswirkung potenzieller weiterer Wertanpassungen auf unsere Ergebnisse in 2008 wird von der Höhe der Risikopositionen und von den Marktpreisen zum jeweiligen Bilanzstichtag abhängen und kann daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden.

VERGÜTUNGSBERICHT

Der Vergütungsbericht erläutert die Grundzüge, die auf die Festlegung der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Bank AG Anwendung finden, sowie Höhe und Struktur der Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Vergütungsbericht richtet sich nach den Vorgaben des § 285 Nr. 9 HGB, des Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) 17, „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“, sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

GRUNDZÜGE DES VERGÜTUNGSSYSTEMS FÜR DIE MITGLIEDER DES VORSTANDS

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats ist für die Festlegung der Struktur der Vergütung der Mitglieder des Vorstands zuständig und legt die Höhe der Vergütung für den Vorstand fest. Die Struktur der Vorstandsvergütung wird regelmäßig auf Vorschlag des Präsidialausschusses im Aufsichtsratsplenium beraten und überprüft.

Die Mitglieder des Vorstands haben für das Geschäftsjahr 2007 für ihre Vorstandstätigkeit eine Vergütung (einschließlich der in 2008 für das Geschäftsjahr 2007 gewährten erfolgsabhängigen Bestandteile) von insgesamt 33.182.395 € (2006: 32.901.538 €) erhalten. Diese Gesamtvergütung setzte sich aus den folgenden überwiegend erfolgsorientierten Komponenten zusammen:

in €	2007	2006
Erfolgsunabhängige Komponenten:		
Grundgehalt	3.883.333	4.081.111
Sonstige Leistungen	466.977	526.369
Erfolgsbezogene Komponenten	17.360.731	18.332.086
Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung	11.471.354	9.961.972
Gesamtvergütung	33.182.395	32.901.538

Die Zahlen beziehen sich auf Vorstandsmitglieder, die im jeweiligen Berichtsjahr tätig waren.

Mit den Mitgliedern des Vorstands wurden Dienstverträge geschlossen. Darin sind folgende Vergütungsbestandteile geregelt:

ERFOLGSUNABHÄNGIGE KOMPONENTEN. Die erfolgsunabhängigen Komponenten bestehen aus dem Grundgehalt sowie sonstigen Leistungen.

Das Grundgehalt der Mitglieder des Vorstands wird auf Basis einer Analyse der Gehälter festgesetzt, die in einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer internationaler Unternehmen an die Mitglieder der Geschäftsleitung gezahlt werden. Es wird in monatlichen Raten ausgezahlt.

Die sonstigen Leistungen umfassen den geldwerten Vorteil von Sachbezügen wie Firmenwagen und Fahrergestellung, Versicherungsprämien, geschäftsbezogene Repräsentationsaufwendungen und Sicherheitsmaßnahmen, inklusive der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern.

ERFOLGSBEZOGENE KOMPONENTEN. Die erfolgsbezogenen Komponenten bestehen aus einer Bonuszahlung in bar und dem Mid-Term Incentive („MTI“). Maßgeblich für die erfolgsabhängige jährliche Bonuszahlung in bar ist das Erreichen der geplanten Eigenkapitalrendite. Als weiteren Bestandteil der variablen Vergütung erhalten die Vorstandsmit-

glieder ein erfolgsabhängiges Mid-Term Incentive, das – bezogen auf einen rollierenden Zweijahreszeitraum – aus dem Verhältnis der Aktienrendite der Bank zum entsprechenden Durchschnittswert einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer Unternehmen abgeleitet wird. Die MTI-Zahlung besteht aus einer Barvergütung (rund ein Drittel) und aktienbasierten Vergütungselementen (rund zwei Drittel), welche langfristige Risikokomponenten enthalten und im nachfolgenden Absatz erläutert werden.

KOMPONENTEN MIT LANGFRISTIGER ANREIZWIRKUNG. Die Mitglieder des Vorstands erhalten als Teil ihres Mid-Term Incentive aktienbasierte Vergütungselemente (DB Equity Units) im Rahmen des DB Global Partnership Plans. Der endgültige Wert der den Vorstandsmitgliedern gewährten aktienbasierten Vergütungsbestandteile wird vom Wert der Deutsche Bank-Aktie bei Zuteilung abhängen, sodass diese eine langfristige Anreizwirkung entfalten.

Im Februar 2008 wurden den in 2007 tätigen Vorstandsmitgliedern für ihre Leistung im Geschäftsjahr 2007 insgesamt 150.008 Aktienrechte (DB Equity Units) gewährt (2006: 86.499). Die Aktien aus diesen Rechten, deren Erhalt an bestimmte Bedingungen geknüpft ist, werden am 1. August 2011 zugeteilt.

Weitere Informationen zu diesen Aktienrechten (DB Equity Units), die im Rahmen des DB Global Partnership Plans ausgegeben werden, sind in Note [31] des Konzernabschlusses enthalten.

VERGÜTUNG DER MITGLIEDER DES VORSTANDS

Unsere in 2007 tätigen Vorstandsmitglieder erhielten für die Jahre 2007 und 2006 die nachstehenden Vergütungskomponenten:

Mitglieder des Vorstands	in €	Erfolgsunabhängige Komponenten		Erfolgsbezogene Komponenten	Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ¹	Gesamtvergütung
		Grundgehalt	Sonstige Leistungen			
Dr. Josef Ackermann	2007	1.150.000	151.517	8.148.725	4.531.250	13.981.492
	2006	1.150.000	156.930	8.134.813	3.770.000	13.211.743
Dr. Hugo Bänziger ²	2007	800.000	73.451	2.713.368	2.031.250	5.618.069
	2006	528.889	40.359	1.615.194	1.117.278	3.301.720
Anthony Di Iorio ²	2007	800.000	50.806	2.713.368	2.031.250	5.595.424
	2006	528.889	35.217	1.615.194	1.117.278	3.296.578
Dr. Tessen von Heydebreck ³	2007	333.333	61.145	1.071.902	846.354	2.312.734
	2006	800.000	147.918	2.884.938	1.690.000	5.522.856
Hermann-Josef Lamberti	2007	800.000	130.058	2.713.368	2.031.250	5.674.676
	2006	800.000	94.390	2.884.938	1.690.000	5.469.328

1 Die Anzahl der 2008 an die Mitglieder des Vorstands gewährten DB Equity Units wurde mittels Division der genannten Eurowerte durch den Betrag von 76,47 €, dem durchschnittlichen Schlusskurs der Deutsche Bank-Aktie an den 10 Handelstagen vor dem 5. Februar 2008 im Xetra-Handel, ermittelt. Hieraus ergab sich die folgende Anzahl gewährter DB Equity Units: Herr Dr. Ackermann 59.255, Herr Dr. Bänziger 26.562, Herr Di Iorio 26.562, Herr Dr. von Heydebreck 11.067 und Herr Lamberti 26.562. Die Anzahl der 2007 an die Mitglieder des Vorstands gewährten DB Equity Units wurde mittels Division der genannten Eurowerte durch den Schlusskurs der Deutsche Bank-Aktie am 1. Februar 2007 in Höhe von 108,49 € ermittelt. Hieraus ergab sich die folgende Anzahl gewährter DB Equity Units: Herr Dr. Ackermann 34.749, Herr Dr. Bänziger 10.298, Herr Di Iorio 10.298, Herr Dr. von Heydebreck 15.577 und Herr Lamberti 15.577.

2 Mitglied des Vorstands seit 4. Mai 2006.

3 Mitglied des Vorstands bis 24. Mai 2007.

Aus Mandaten für konzerneigene Gesellschaften erhielten die Mitglieder des Vorstands keine Vergütung.

Die aktiven Mitglieder des Vorstands haben eine beitragsorientierte Versorgungszusage, die in ihrer Struktur dem allgemeinen Pensionsplan für Mitarbeiter der Bank entspricht. Im Rahmen dieses beitragsorientierten Pensionsplans

wurde für jedes Vorstandsmitglied ein persönliches Versorgungskonto eingerichtet, in das jedes Jahr ein Versorgungsbaustein eingestellt wird. Der Versorgungsbaustein wird mit einem individuellen Beitragssatz auf Basis des Grundgehalts sowie des Bonus bis zu einer Obergrenze errechnet und enthält durch einen altersabhängigen Faktor eine Vorabverzinsung von durchschnittlich 6 % bis zum Alter von 60. Ab einem Alter von 61 wird das Versorgungskonto jährlich mit 6 % bis zum Pensionierungszeitpunkt verzinst. Die jährlichen Versorgungsbausteine bilden zusammen das Versorgungskapital, das im Versorgungsfall zur Verfügung steht. Die Versorgungsleistung kann nach Ausscheiden aus dem Vorstand aber vor Eintritt eines der Versorgungsfälle (Altersgrenze, Invalidität oder Tod) fällig werden. Die Versorgungsanwartschaft ist von Beginn an unverfallbar.

2007 ergab sich für die erläuterten Versorgungszusagen ein Dienstzeitaufwand für Herrn Dr. Ackermann von 354.291 €, für Herrn Dr. Bänziger von 501.906 €, für Herrn Di Iorio von 345.271 €, für Herrn Dr. von Heydebreck von 94.980 € und für Herrn Lamberti von 307.905 €. 2006 ergab sich für die vorgenannten Versorgungszusagen ein Dienstzeitaufwand für Herrn Dr. Ackermann von 389.403 €, für Herrn Dr. Bänziger von 112.893 €, für Herrn Di Iorio von 85.918 €, für Herrn Dr. von Heydebreck von 238.937 € und für Herrn Lamberti von 338.710 €.

Zum 31. Dezember 2007 wiesen die Versorgungskonten der gegenwärtigen Vorstandsmitglieder folgende Guthaben aus: 3.782.588 € für Herrn Dr. Ackermann, 785.668 € für Herrn Dr. Bänziger, 414.094 € für Herrn Di Iorio und 3.770.174 € für Herrn Lamberti. Zum 31. Dezember 2006 hatten die Versorgungskonten folgende Guthaben ausgewiesen: 3.434.713 € für Herrn Dr. Ackermann, 158.668 € für Herrn Dr. Bänziger, 79.334 € für Herrn Di Iorio und 3.352.174 € für Herrn Lamberti. Die unterschiedliche Höhe der Beträge resultiert aus der unterschiedlichen Dauer der Vorstandstätigkeit, den jeweiligen altersabhängigen Faktoren, den unterschiedlichen Beitragssätzen sowie den individuellen versorgungsfähigen Bezügen. Den Herren Dr. Ackermann und Lamberti steht daneben grundsätzlich nach ihrem Ausscheiden aus dem Vorstand ein monatliches Ruhegeld von 29.400 € aus einer abgelösten Pensionszusage zu.

Scheidet ein derzeitiges Vorstandsmitglied aus dem Amt aus, so steht ihm für die Dauer von sechs Monaten eine Übergangszahlung zu. Ausgenommen ist beispielsweise der Fall, dass das Vorstandsmitglied durch sein Verschulden einen Grund zur fristlosen Entlassung gibt. Die Übergangszahlung, die ein Vorstandsmitglied für diesen Zeitraum von sechs Monaten erhalten hätte, wenn es zum 31. Dezember 2007 oder 31. Dezember 2006 aus dem Vorstand ausgeschieden wäre, belief sich für Herrn Dr. Ackermann auf 2.825.000 € sowie für Herrn Dr. Bänziger, Herrn Di Iorio und Herrn Lamberti auf jeweils 1.150.000 €.

Sofern ein Vorstandsmitglied, dessen Bestellung zu Beginn des Jahres 2006 bestand, nach Vollendung des 60. Lebensjahres ausscheidet, steht ihm grundsätzlich im Anschluss an die sechsmonatige Übergangszeit die Zahlung von zunächst 75 % und dann 50 % der Summe aus Grundgehalt und Bonus (letzte Zielgröße) für die Dauer von jeweils 24 Monaten zu. Die Übergangszahlung endet spätestens sechs Monate nach Ablauf der Hauptversammlung des Jahres, in dem das Vorstandsmitglied das Alter von 65 erreicht.

Nach Maßgabe der mit den jeweiligen Vorstandsmitgliedern geschlossenen Dienstverträge haben diese bei vorzeitiger Beendigung der Bestellung auf Veranlassung der Bank, ohne dass diese berechtigt ist, die Bestellung aus wichtigem Grund zu widerrufen oder den Anstellungsvertrag fristlos zu kündigen, Anspruch auf eine Abfindung. Diese wird von dem Präsidialausschuss nach billigem Ermessen festgelegt. Sie beträgt in der Regel den jeweils niedrigeren Betrag von zwei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags (als Basis für die Berechnung der Vergütung dient die Jahresvergütung (Gehalt, Bonus und MTI-Zahlung) für das vorangegangene Geschäftsjahr).

Sofern das Vorstandsmitglied im Zusammenhang mit einem Kontrollerwerb ausscheidet, hat es Anspruch auf eine Abfindung. Diese wird von dem Präsidialausschuss nach billigem Ermessen festgelegt. Sie beträgt in der Regel den jeweils niedrigeren Betrag von drei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags (als Basis für die Berechnung der Vergütung dient die Jahresvergütung (Gehalt, Bonus, MTI-Zahlung) für das vorangegangene Geschäftsjahr).

AKTIENBESITZ DER MITGLIEDER DES VORSTANDS

Am 29. Februar 2008 beziehungsweise 28. Februar 2007 hielten die Vorstandsmitglieder die folgende Anzahl an Aktien, Aktienrechten aus DB Equity Units und Performanceoptionen:

Mitglieder des Vorstands		Anzahl Aktien	Anzahl DB Equity Units ¹	Anzahl Performanceoptionen
Dr. Josef Ackermann	2008	275.421	192.945	–
	2007	232.903	176.208	–
Dr. Hugo Bänziger	2008	31.219	103.881	–
	2007	10.734	112.114	59.286
Anthony Di Iorio	2008	16.363	69.598	–
	2007	7.330	60.234	16.676
Hermann-Josef Lamberti	2008	74.445	86.491	–
	2007	55.385	78.989	30.697
Insgesamt	2008	397.448	452.915	–
Insgesamt	2007	306.352	427.545	106.659

¹ Einschließlich der Aktienrechte (Restricted Equity Units) der Herren Dr. Bänziger und Di Iorio, die diese im Zusammenhang mit dem vor der Ernennung als Vorstandsmitglied bestehenden Anstellungsverhältnis erhalten haben. Die in der Tabelle erfassten DB Equity Units und Restricted Equity Units haben unterschiedliche Unverfallbarkeits- und Zuteilungsdaten. In der Folge werden die letzten Aktienrechte am 1. August 2011 fällig und zugeteilt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vorstands hielten zum 29. Februar 2008 insgesamt 397.448 Aktien, was rund 0,07 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entsprach. Zum 28. Februar 2007 hielten sie insgesamt 306.352 Aktien, was rund 0,06 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entsprach.

Im Rahmen des DB Global Partnership Plans erhielten die Mitglieder des Vorstands in den Geschäftsjahren 2002 bis 2004 Performanceoptionen. Für jede Performanceoption wurde ein Partnership Appreciation Right gewährt. Nach dem Jahr 2004 wurden keine weiteren Performanceoptionen gewährt. Zum 31. Dezember 2006 hielten die Mitglieder des Vorstands die folgenden Performanceoptionen:

	Ausübungspreis in €	Anzahl Performanceoptionen
Dr. Josef Ackermann	N/A	–
Dr. Hugo Bänziger	89,96	59.286
Anthony Di Iorio	89,96	6.854
	47,53	9.822
Hermann-Josef Lamberti	89,96	16.056
	76,61	14.641

N/A – nicht anwendbar

Alle oben genannten Performanceoptionen wurden am 25. Mai 2007 ausgeübt. Der Aktienkurs am Ausübungstag betrug 111,46 €.

Der Aufwand im Geschäftsjahr 2007 für im Geschäftsjahr 2007 sowie in Vorjahren für ihre Tätigkeit als Vorstand gewährte Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung betrug für Herrn Dr. Ackermann 3.199.221 €, für Herrn Dr. Bänziger 403.758 €, für Herrn Di Iorio 403.758 €, für Herrn Dr. von Heydebreck 1.434.133 € und für Herrn Lamberti 1.434.133 €. Im Geschäftsjahr 2006 betrug der entsprechende Aufwand für diese Komponenten für Herrn Dr. Ackermann 3.210.564 €, für Herrn Dr. von Heydebreck 1.440.380 € und für Herrn Lamberti 1.440.380 €. Herr Dr. Bänziger und Herr Di Iorio wechselten erst 2006 in den Vorstand, sodass in diesem Jahr kein Aufwand für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung für ihre Vorstandstätigkeit entstand.

Weitere Informationen zu den Aktienrechten (DB Equity Units), Performanceoptionen und Partnership Appreciation Rights, die im Rahmen des DB Global Partnership Plans gewährt wurden, sind in Note [31] des Konzernabschlusses enthalten.

GRUNDZÜGE DES VERGÜTUNGSSYSTEMS FÜR DIE MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATS

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt, die bei Bedarf durch die Hauptversammlung angepasst werden kann. Neue Vergütungsregelungen wurden zuletzt in der Hauptversammlung am 24. Mai 2007 beschlossen. Gründe für die Neuregelung waren insbesondere die gestiegenen Anforderungen und Aufgaben, die Entwicklung der Bank und ihres Umfelds, die Praxis in Deutschland sowie bei den europäischen Wettbewerbern und die Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die feste Vergütung wurde verdoppelt, um den gestiegenen Kontrollaufgaben des Aufsichtsrats Rechnung zu tragen. Gleichzeitig wurde die dividendenabhängige Vergütung mehr als halbiert und der Schwellenwert, ab dem eine dividendenabhängige Vergütung gezahlt wird, deutlich angehoben. Die am langfristigen Unternehmenserfolg orientierte Komponente wurde neu strukturiert: Die bisher an der Kursentwicklung einer Vergleichsgruppe orientierte Vergütungskomponente richtet sich nunmehr nach dem Durchschnittswert des bereinigten Gewinns pro Aktie der letzten drei Geschäftsjahre. Für diesen Vergütungsbestandteil wurde ebenfalls ein entsprechender Schwellenwert festgelegt. Darüber hinaus wurde die intensiviertere Kontroll- und Beratungstätigkeit in den Ausschüssen eines komplexen, weltweit tätigen Finanzdienstleistungsunternehmens durch deutliche Erhöhung der Zuschläge für den Vorsitz und die Mitgliedschaft in den Ausschüssen berücksichtigt. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhielt bisher für den Vorsitz das Dreifache der Vergütung sowie zusätzlich für seine Tätigkeit in allen Ausschüssen die entsprechenden Zuschläge. Die neuen Vergütungsregeln tragen seiner herausgehobenen Aufgabe mit dem Vierfachen der Vergütung eines einfachen Aufsichtsratsmitglieds Rechnung, schließen aber gleichzeitig für ihn jegliche Zuschläge für die Ausschusstätigkeit aus.

Für das Geschäftsjahr 2007 gelten damit die folgenden Regelungen: Die Vergütung besteht aus einer festen Vergütung in Höhe von 60.000 € pro Jahr und einem dividendenabhängigen Bonus in Höhe von 100 € pro Jahr je 0,01 € ausgeschüttete Dividende, die 1,00 € je Aktie übersteigt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ferner eine auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogene jährliche Vergütung in Höhe von je 100 € für jede 0,01 €, um die der Durchschnitt der im Finanzbericht der Gesellschaft im Einklang mit den jeweils anwendbaren Rechnungslegungsvorschriften für den Konzern ausgewiesenen Ergebnisse je Aktie (verwässert) aus dem Jahresüberschuss nach Steuern für die letzten drei abgelaufenen Geschäftsjahre den Betrag von 4,00 € übersteigt.

Diese Beträge erhöhen sich um 100 % je Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrats. Für den Vorsitz in einem Ausschuss beträgt der Erhöhungssatz 200 %. Beides gilt nicht für den nach § 27 Abs. 3 MitbestG gebildeten Ausschuss. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Vierfache, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache der Gesamtvergütung eines ordentlichen Mitglieds. Für den Aufsichtsratsvorsitzenden stellt dies gleichzeitig die Obergrenze dar. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ein Sitzungsgeld in Höhe von 1.000 € für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilnehmen. Darüber hinaus werden die Mitglieder des Aufsichtsrats in unserem Interesse in angemessener Höhe in eine von der Deutschen Bank abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung einbezogen, soweit eine solche besteht. Die Prämien hierfür werden von der Bank entrichtet.

Wir erstatten den Mitgliedern des Aufsichtsrats sämtliche Barauslagen sowie etwaige Umsatzsteuerausgaben (derzeit 19 %), die ihnen in Verbindung mit ihren Aufgaben als Mitglied des Aufsichtsrats entstehen. Die bei der Deutschen Bank angestellten Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats erhalten außerdem ihr Mitarbeitergehalt. Die Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nicht während des ganzen Geschäftsjahres angehören, wird im Verhältnis zur Amtsdauer berücksichtigt, wobei eine Aufrundung auf volle Monate erfolgt.

Auf sämtliche Vergütungen einschließlich des Sitzungsgelds für den neuen Nominierungsausschuss, der am 30. Oktober 2007 gebildet wurde, haben die Mitglieder des Nominierungsausschusses verzichtet.

VERGÜTUNG DER MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATS FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2007

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ihre Vergütung nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres. Im Januar 2008 haben wir jedem Aufsichtsratsmitglied für seine Tätigkeit im Jahr 2007 die feste Vergütung und die Sitzungsgelder überwiesen. Zusätzlich erhält jedes Aufsichtsratsmitglied nach der Hauptversammlung im Mai 2008 für seine Tätigkeit im Jahr 2007 die an unseren langfristigen Unternehmenserfolg geknüpfte Vergütung sowie dividendenabhängige Vergütung. Unter der Annahme, dass die Hauptversammlung im Mai 2008 der vorgeschlagenen Dividende von 4,50 € pro Aktie zustimmen wird, erhält der Aufsichtsrat eine Gesamtvergütung von 6.022.084 € (2006: 3.388.583 €).

SONSTIGE ANGABEN

ANGABEN NACH § 289 ABSATZ 4 HGB UND ERLÄUTERNDER BERICHT

ZUSAMMENSETZUNG DES GEZEICHNETEN KAPITALS

Zum 31. Dezember 2007 betrug das Grundkapital der Deutschen Bank AG 1.357.824.256,00 €, eingeteilt in 530.400.100 Stammaktien ohne Nennwert. Die Aktien sind voll eingezahlt und in der Form von Namensaktien begeben. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

BESCHRÄNKUNGEN, DIE STIMMRECHTE ODER DIE ÜBERTRAGUNG VON AKTIEN BETREFFEN

In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Bank zum 31. Dezember 2007 Eigene Aktien in ihrem Bestand hielt, konnten daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden. Sonstige Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind uns nicht bekannt.

BETEILIGUNGEN AM KAPITAL, DIE MEHR ALS 10 % DER STIMMRECHTE ÜBERSCHREITEN

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies uns und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht anzeigen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Anzeigepflicht beträgt 3 %. Uns sind hiernach keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10 % der Stimmrechte erreichen oder überschreiten.

AKTIEN MIT SONDERRECHTEN, DIE KONTROLLBEFUGNISSE VERLEIHEN

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

ART DER STIMMRECHTSKONTROLLE, WENN ARBEITNEHMER AM KAPITAL BETEILIGT SIND UND IHRE KONTROLLRECHTE NICHT UNMITTELBAR AUSÜBEN

Die Arbeitnehmer, die Aktien der Deutschen Bank halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre unmittelbar nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ERNENNUNG UND ABBERUFUNG VON VORSTANDSMITGLIEDERN

Nach dem Aktiengesetz (§ 84 AktG) und der Satzung der Deutschen Bank (§ 6) werden die Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestellt. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Nach der Satzung besteht der Vorstand mindestens aus drei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Vorstandsmitglieder dürfen für höchstens fünf Jahre bestellt werden. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Nach dem Mitbestimmungsgesetz (§ 31) ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Kommt hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat der Vermittlungsausschuss innerhalb eines Monats dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bestellung zu machen. Der Aufsichtsrat bestellt dann die Mitglieder des Vorstands mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder. Kommt auch hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat bei einer erneuten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so hat in dringenden Fällen das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag eines Beteiligten das Mitglied zu bestellen (§ 85 AktG).

Nach dem Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben (§§ 24 Absatz 1 Nr. 1, 33 Absatz 2 KWG).

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder besteht der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken (§ 46 Absatz 1 KWG). In diesem Fall hat das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag der BaFin die erforderlichen Vorstandsmitglieder zu bestellen, wenn infolge der Untersagung der Vorstand nicht mehr über die für die Führung der Geschäfte erforderliche Anzahl von Mitgliedern verfügt (§ 46 Absatz 2 KWG).

BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ÄNDERUNG DER SATZUNG

Jede Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG). Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung betreffen, wie zum Beispiel Änderungen des Grundkapitals infolge Ausnutzung von genehmigtem Kapital, ist in der Satzung der Deutschen Bank dem Aufsichtsrat übertragen worden (§ 20 Absatz 3). Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß der Satzung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreibt (§ 20 Absatz 1). Satzungsänderungen werden mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Absatz 3 AktG).

BEFUGNIS DES VORSTANDS, AKTIEN AUSZUGEBEN ODER ZURÜCKZUKAUFEN

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen zu erhöhen. Zum 31. Dezember 2007 verfügte die Deutsche Bank über ein genehmigtes Kapital von 454.000.000 €, das in Teilbeträgen mit unterschiedlichen Befristungen bis zum 30. April 2011 begeben werden kann. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 der Satzung.

Genehmigtes Kapital	Befristet bis
128.000.000 € ¹	30.4.2008
198.000.000 €	30.4.2009
128.000.000 € ¹	30.4.2011

¹ Kapitalerhöhungen können zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen werden

Die Hauptversammlung am 24. Mai 2007 hat den Vorstand ergänzend ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlage um bis zu 85.000.000 € zu erhöhen. Dieses genehmigte Kapital wurde erst am 14. Februar 2008 mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam. Es kann bis zum 30. April 2012 ausgenutzt werden.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 2. Juni 2004 ermächtigt, bis zum 30. April 2009 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsrechte beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 150.000.000 € bedingt erhöht.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 24. Mai 2007 nach § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2008 zum Zwecke des Wertpapierhandels Eigene Aktien zu Preisen, die den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende keines Tages 5 % des Grundkapitals der Deutschen Bank AG übersteigen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 24. Mai 2007 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2008 Eigene Aktien bis zu 10 % des derzeitigen Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- und nicht um mehr als 20 % unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 15 % über- und nicht um mehr als 10 % unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Gesellschaft je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine Veräußerung der erworbenen Aktien sowie etwa aufgrund vorangehender Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG erworbener Aktien in anderer Weise als über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen, soweit dies gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben. Darüber hinaus wird der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung erworbener Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Gesellschaft ausgegebenen Optionsscheine, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandelrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wurde das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, soweit die Aktien dazu verwendet werden, sie als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben, oder soweit sie zur Bedienung von Mitarbeitern der Gesellschaft und verbundener Unternehmen eingeräumten Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Gesellschaft verwendet werden sollen.

Ferner wurde der Vorstand ermächtigt, die Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zusammen mit Aktien, die aus genehmigtem Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre nach § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden, 10 % des bei der Ausgabe beziehungsweise der Veräußerung von Aktien vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund dieser Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 24. Mai 2007 ergänzend ermächtigt, den Aktienerwerb unter der beschlossenen Ermächtigung auch unter Einsatz von Put- und Call-Optionen durchzuführen. Die Gesellschaft kann danach auf physische Belieferung gerichtete Put-Optionen an Dritte verkaufen und Call-Optionen von Dritten kaufen, wenn durch die Optionsbedingungen sichergestellt ist, dass diese nur mit Aktien beliefert werden, die ihrerseits unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erworben wurden. Alle Aktienerwerbe unter Einsatz von Put- und Call-Optionen sind dabei auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen spätestens am 31. Oktober 2008 enden.

Der bei Ausübung der Optionen zu zahlende Kaufpreis für die Aktien darf den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionskurse der Deutsche Bank-Aktien im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Abschluss des betreffenden Optionsgeschäfts nicht um mehr als 10 % über- oder unterschreiten jeweils ohne Erwerbsnebenkosten, aber unter Berücksichtigung der erhaltenen beziehungsweise gezahlten Optionsprämie.

Für die Veräußerung und Einziehung von Aktien, die unter Einsatz von Derivaten erworben wurden, gelten die von der Hauptversammlung festgesetzten allgemeinen Regeln.

WESENTLICHE VEREINBARUNGEN, DIE UNTER DER BEDINGUNG EINES KONTROLLWECHSELS INFOLGE EINES ÜBERNAHMEANGEBOTS STEHEN

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

ENTSCHÄDIGUNGSVEREINBARUNGEN FÜR DEN FALL EINES ÜBERNAHMEANGEBOTS

Sofern ein Mitglied des Vorstands im Rahmen eines Kontrollerwerbs ausscheidet, erhält es eine einmalige Vergütung ausgezahlt, die im vorhergehenden Vergütungsbericht näher dargestellt ist.

Sofern das Anstellungsverhältnis bestimmter Führungskräfte mit globaler oder strategisch bedeutender Verantwortung im Rahmen eines Kontrollerwerbs innerhalb einer definierten Frist beendet wird, ohne dass ein von den Führungskräften zu vertretender Grund vorliegt, oder diese Führungskräfte ihr Anstellungsverhältnis kündigen, weil das Unternehmen bestimmte Maßnahmen ergriffen hat, die zu einer Einschränkung der Verantwortlichkeiten führen, steht den Führungskräften eine Abfindungszahlung zu. Die Berechnung der Abfindung bemisst sich grundsätzlich nach dem 1,5- bis

2,5-fachen der letzten Jahresgesamtvergütung (Grundgehalt und variable – bar und aktienbasierte – Vergütung) vor dem Kontrollerwerb. Dabei findet die Entwicklung der Gesamtvergütung in den drei Kalenderjahren vor dem Kontrollerwerb entsprechende Berücksichtigung.

RISIKOBERICHT

ARTEN VON RISIKEN

Die Deutsche Bank AG ist einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, darunter Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationellen, Reputations- und allgemeinen Geschäftsrisiken.

DIE RISIKEN DER DEUTSCHEN BANK AG IM KONZERNVERBUND

Die Wirkung der beschriebenen Risiken auf die Deutsche Bank AG lässt sich nicht von den Auswirkungen auf die anderen rechtlich selbstständigen Einheiten der Deutschen Bank isolieren. Dafür sind folgende Gründe ausschlaggebend:

- Die interne Gliederung des Konzerns nach Konzernbereichen orientiert sich an den Kundenbedürfnissen, das heißt an den vom Markt vorgegebenen Rahmenbedingungen. Die externe rechtliche Gliederung hat sich an lokalrechtlichen Vorgaben zu orientieren und folgt daher nicht zwangsläufig der internen Struktur. Beispielsweise kann es von der lokalen Gesetzgebung abhängen, ob das Geschäft des Konzerns in einem Land von einer Filiale der Deutschen Bank AG oder einer selbstständigen Tochtergesellschaft geführt wird. Die Geschäftsleitung muss aber die Risiken des Geschäfts betrachten – unabhängig davon, ob es sich um eine Filiale oder eine Tochtergesellschaft handelt.
- Eine angemessene Risikoüberwachung und -steuerung erfordern die Kenntnis der Abhängigkeit der Ertragslage des Konzerns von der Entwicklung einzelner Risikofaktoren, das heißt der Bonität einzelner Kunden oder Wertpapieremittenten beziehungsweise der Änderung von Marktpreisen. Daher ist eine die rechtlichen Einheiten übergreifende Analyse der entsprechenden Geschäfte vorzunehmen. Insbesondere für das Kreditrisiko, das von einem Kreditnehmer ausgeht, ist es weitgehend unerheblich, ob das Kreditengagement gegenüber einem Unternehmen auf mehrere Konzerngesellschaften verteilt oder auf die Deutsche Bank AG konzentriert ist. Eine separate Betrachtung des nur die Deutsche Bank AG betreffenden Risikoanteils würde die Gefahr vernachlässigen, die im Fall der Insolvenz des Unternehmens auf den Konzern und damit indirekt auf die AG als Konzernmutter ausgeht.
- Zwischen den einzelnen Risikofaktoren bestehen zum Teil Abhängigkeiten, zum Teil wirken sie unabhängig voneinander. Liegen Abschätzungen über Art und Ausmaß dieser Zusammenhänge vor, kann das Management des Konzerns durch Streuung der Geschäfte über Kundengruppen, Emittenten und Länder eine deutliche Senkung des Gesamtrisikos herbeiführen (Diversifikation). Diese Zusammenhänge zwischen den Risiken sind ebenfalls von den rechtlichen und divisionalen Strukturen des Konzerns unabhängig. Daher kann das Management die risikomindernden Diversifikationseffekte nur dann optimal ausnutzen, wenn es diese konzernweit und die rechtlichen Einheiten übergreifend steuert.

RISIKOMANAGEMENT DER DEUTSCHEN BANK AG IM KONZERNVERBUND

Aus den dargelegten Gründen sind die Identifikation, Überwachung und Steuerung aller Risiken der Deutschen Bank AG in das konzernweite Risikomanagement integriert. Selbstverständlich werden alle rechtlichen und bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften auch von der Deutschen Bank AG eingehalten. Die ausführliche Darstellung des Risikomanagements im Konzernverbund ist dem Risikobericht im Konzern-Finanzbericht zu entnehmen.

ORGANISATION DES RISIKOMANAGEMENTS

Der Vorstand gibt den Rahmen für das Risiko- und Kapitalmanagement des Konzerns vor. Der Chief Risk Officer, Mitglied des Vorstands, ist insbesondere für die Risikomanagementaktivitäten zu Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationellen, Rechts-, Geschäfts- und Reputationsrisiken sowie das Kapitalmanagement im Konzern verantwortlich. Im Jahr 2007 haben wir durch Zusammenlegung unserer Rechtsabteilung und des Compliance-Bereichs mit dem Risiko- und Kapitalmanagement eine integrierte Legal, Risk & Capital Funktion gebildet. Zwei funktionale Komitees sind von zentraler Bedeutung für die Legal, Risk & Capital Funktion, das Capital and Risk Committee und das Risk Executive Committee. Der Vorsitz des Capital and Risk Committee liegt beim Chief Risk Officer mit dem Chief Financial Officer als Stellvertreter. Die Aufgaben des Capital and Risk Committee beinhalten die Risikoprofil- und Kapitalplanung, die Überwachung der Kapitaltragfähigkeit und die Optimierung der Refinanzierung. Zusätzlich ist der Chief Risk Officer Vorsitzender des Risk Executive Committee, das für die Steuerung und Kontrolle der oben genannten Risiken im Konzern zuständig ist.

RISIKOSTEUERUNGSM INSTRUMENTE

Zur Überwachung und Steuerung der Risiken wendet die Deutsche Bank ein umfassendes Instrumentarium an quantitativen Kenngrößen und Messinstrumenten an. Einige dieser Instrumente sind auf mehrere Risikoarten anwendbar, während andere auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten sind. Diese quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente stellen unter anderem die folgenden Informationen bereit:

- Informationen, die eine Abhängigkeit des Marktwerts einzelner Positionen beziehungsweise Portfolios von Änderungen der Marktparameter beziffern (sogenannte Sensitivitätsanalysen).
- Informationen, die aggregierte Risiken unter Berücksichtigung gegenseitiger Abhängigkeiten und Korrelationen zwischen den einzelnen Risikoarten auf der Basis statistischer Verfahren messen.
- Informationen, die Verlustrisiken aus extremen Bewegungen in Marktpreisen oder Kursänderungen (Krisensituationen) unter Verwendung von Szenarioanalysen quantifizieren.

Die Grundsätze und Risikolimits der Deutschen Bank beziehen sich auf diese quantitativen Steuerungsinstrumente und Kenngrößen über alle Konzernbereiche hinweg, um Risiken zielgerecht zu steuern.

ANGABEN ZU RISIKOARTEN

Die folgenden Abschnitte enthalten Ausführungen zu den einzelnen Risikoarten.

MARKTRISIKO

Die Deutsche Bank geht Marktrisiken sowohl im Handelsbuch als auch im Bankbuch ein. Zur Messung dieser Risiken kommen verschiedene Verfahren und Messgrößen zum Einsatz. Value-at-Risk ist die primäre Messgröße für die Marktrisiken der Handelsportfolios, während die Marktrisiken im Bankbuch primär auf der Basis von Stressszenarien quantifiziert werden. Das handelsbuchbezogene Marktrisiko des Konzerns wird über das Risk Executive Committee und die für das Marktrisikomanagement in den Konzernbereichen Verantwortlichen gesteuert. Dabei kommt eine umfangreiche Risikolimitstruktur nach Geschäftsbereichen und Regionen zum Einsatz, die in ihren wesentlichen Teilen vom Market Risk Management festgelegt wird. Das Capital and Risk Committee überwacht unsere nicht handelsbuchbezogenen Marktrisikoaktivitäten und wird in dieser Funktion von einem dedizierten Investment & Asset Risk Management Team unterstützt.

KREDITRISIKO

Alle Konzernbereiche der Deutschen Bank AG gehen Kreditrisiken ein. Das Kreditrisiko des Konzerns wird über das Risk Executive Committee und die für das Risikomanagement in den Konzernbereichen Verantwortlichen gesteuert.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Die Liquiditätsrisikosteuerung obliegt Treasury, vormals Treasury & Capital Management. Die Steuerung basiert auf einer Analyse aller zukünftigen Cashflows nach Geschäftsbereich, Produkt, Währung und Location. Der Steuerungsprozess beinhaltet die Überwachung und Limitierung aggregierter Mittelabflüsse und Mittelaufnahmen. Diversifikationseffekte und Kundenkonzentration werden beobachtet. Ergänzend werden regelmäßig Szenarioanalysen durchgeführt, um mögliche Liquiditätsengpässe aufgrund unerwarteter bankspezifischer oder externer Ereignisse ermitteln und ausgleichen zu können.

OPERATIONELLES RISIKO

Das operationelle Risiko bezeichnet den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Vereinbarungen und deren Dokumentation, Technologie, Versagen oder Zusammenbruch der Infrastruktur, Projekten, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Das Operational Risk Management ist eine unabhängige Risikomanagementfunktion der Deutschen Bank. Der Global Head of Operational Risk Management ist ein Mitglied im Risk Executive Committee und berichtet an den Chief Risk Officer. Das Operational Risk Management Committee, ein ständiges Unterkomitee des Risk Executive Committee, ist das Hauptentscheidungsgremium für alle Fragen des operationellen Risikomanagements. Operational Risk Management legt die übergreifende Strategie zur Steuerung von operationellen Risiken sowie die entsprechenden Richtlinien fest und stellt den Geschäftsbereichen die notwendigen Risikomanagementinstrumente zur Verfügung. Die Geschäftsbereiche sind für die Umsetzung der Vorgaben verantwortlich.

REPUTATIONSRIKIO

Für unsere Risikomanagementprozesse definieren wir Reputationsrisiko als die Gefahr, dass durch die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das Vertrauen in die Deutsche Bank negativ beeinflusst wird. Das Group Reputational Risk Committee ist ein offizielles Unterkomitee des Risk Executive Committee und wird vom Chief Risk Officer geleitet. Es prüft und entscheidet endgültig alle das Reputationsrisiko betreffenden Fragen, deren Eskalation von der Geschäftsleitung und dem Regional Management als notwendig erachtet wird oder aufgrund anderer Konzernrichtlinien und -verfahren erforderlich ist.

ALLGEMEINES GESCHÄFTSRISIKO

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet die Risiken, die durch veränderte Rahmenbedingungen entstehen; dazu gehören beispielsweise das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt. Wenn wir uns nicht rechtzeitig auf die veränderten Bedingungen einstellen, können diese Risiken unsere Ertragslage beeinträchtigen.

VON DER BANKAUFSICHT VORGESCHRIEBENE KENNGRÖSSEN

Mit dem Inkrafttreten der 7. KWG-Novelle Anfang 2007 haben wir von der Möglichkeit des § 2a Abs. 6 KWG Gebrauch gemacht, auf eine Einzelinstitutsberechnung des Grundsatzes I (Solvabilität) und anderer aufsichtsrechtlicher Auflagen zu verzichten. Die aufsichtsrechtliche Beurteilung unserer Solvabilität und damit Risikotragfähigkeit erfolgt auf Ebene der Deutschen Bank Gruppe. Die Kenngrößen zur Beurteilung der Solvabilität sind gemäß den Empfehlungen des Baseler Ausschusses für Bankaufsicht die Risikoposition und die Eigenmittel.

RISIKOPOSITION

Die Risikoposition gibt das nach bankenaufsichtsrechtlichen Vorschriften ermittelte Risiko in Form von Risikoaktiva für Kredit- und Marktrisiken an. Die deutsche Bankenaufsicht erlaubt uns, zur Berechnung der Marktrisikokomponente aus Handelsgeschäften einen internen Value-at-Risk-Ansatz anzuwenden. Die folgende Tabelle zeigt die gemäß den Empfehlungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht ermittelte Risikoposition für die Deutsche Bank Gruppe:

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Risikoaktiva des Anlagebuchs	314.845	263.871
Marktrisikoaquivalent ¹	13.973	11.588
Risikoposition insgesamt	328.818	275.459

¹ Ein Vielfaches des Value-at-Risk des Konzerns, mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % und einer Haltedauer von zehn Tagen.

EIGENMITTEL

Die gemäß Empfehlungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zur Unterlegung der Risikoposition anrechenbaren Eigenmittel bestehen aus Kernkapital (Tier-1), Ergänzungskapital (Tier-2) sowie Drittrangmittel (Tier-3) und setzen sich für die Deutsche Bank Gruppe wie folgt zusammen:

in Mio € (ausgenommen Prozentangaben)	31.12.2007	31.12.2006
Kernkapital (Tier-1)	28.320	23.539
Ergänzungskapital (Tier-2)	9.729	10.770
Nutzbare Drittrangmittel (Tier-3)	–	–
Aufsichtsrechtliches Kapital insgesamt	38.049	34.309
Kernkapitalquote (Tier-1)	8,6 %	8,5 %
Eigenkapitalquote (Tier-1 + -2)	11,6 %	12,5 %

Mit einer Eigenkapitalquote von 11,6 % lag die Deutsche Bank Gruppe deutlich über der BIZ-Mindest-Eigenkapitalquote von 8 %.

AUSBLICK

DIE WELTWIRTSCHAFT

Der kurzfristige Ausblick für die Weltwirtschaft lässt im Vergleich zu den Vorjahren ein leicht verlangsamtes Wachstum erwarten. Nach fünf Jahren mit durchschnittlich 4,75 % Wachstum wird die weltweite Wirtschaftsleistung 2008 voraussichtlich um etwa 4 % wachsen. Diese Entwicklung ergibt sich primär aus einer abnehmenden Wachstumsdynamik in den Vereinigten Staaten infolge der Subprime-Krise, einer starken Korrektur im Immobiliensektor, geringerer Konsumausgaben als Reaktion auf striktere Kreditvergabe und Inflationsdruck durch nachhaltig hohe Preise für Rohöl und andere Rohstoffe. Nach einem Wachstum von 2,2 % in 2007 wird die US-Wirtschaft 2008 voraussichtlich noch um 1,5 % wachsen. Die Federal Reserve hat mit Zinssenkungen und die Regierung mit Steuersenkungen zur Belebung der Wirtschaft reagiert. Diese Maßnahmen dürften kurzfristig zu einer Belebung führen. Die strukturellen Probleme der USA, wie zum Beispiel die niedrige Sparquote, werden dadurch aber nicht adressiert. Die US-Wirtschaft dürfte in 2009 etwa 1,75 % wachsen, die Arbeitslosenquote dürfte aber weiter steigen.

In Europa stellt der starke Euro eine zusätzliche Belastung dar. Das Wachstum in der Eurozone dürfte mit etwas mehr als 1,5 % etwa einen Prozentpunkt unter dem Wert von 2007 liegen. In Europas größter Volkswirtschaft Deutschland dürfte das kräftige Wachstum der vergangenen zwei Jahre nicht aufrechterhalten werden können. Nach 2,5 % in 2007 dürfte das Wachstum im laufenden und im nächsten Jahr voraussichtlich eher 1,5 % betragen. In Abwesenheit gegenläufiger fiskalpolitischer Maßnahmen dürfte der private Konsum – begünstigt durch weitere Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt – zum ersten Mal in sechs Jahren mit der gleichen Rate wachsen wie das BIP und somit deutlich zum Wachstum beitragen.

Der Rest der Welt wird sich nicht vollständig von den Auswirkungen der Wachstumsverlangsamung in den USA entkoppeln können. In Asien, Lateinamerika, Osteuropa und im Nahen Osten dürfte das Wirtschaftswachstum 2008 um 0,5 bis 0,75 Prozentpunkte niedriger ausfallen als 2007. Getragen von China und Indien dürfte das Wachstum in Asien dank struktureller Verbesserungen dennoch weiter hoch bleiben. Das reale BIP in dieser Region dürfte 2008 mit etwa 7,75 % wachsen nach 8,25 % in 2007.

Als Ergebnis gestiegener Preise für Rohöl, Nahrungsmittel und andere wichtige Rohstoffe stieg die Inflation in 2007 in vielen Industrienationen spürbar an. Die Inflationsrate betrug 3 % in der Eurozone und 4 % in den USA. In 2008 sollte sich der Preisdruck im Zuge der Wachstumsverlangsamung abschwächen. Inflation könnte demnach die Europäische Zentralbank daran hindern, der amerikanischen Federal Reserve auf ihrem Weg der leichteren Geldpolitik zu folgen.

Risiken für die Weltwirtschaft gehen unter anderem von stärkeren wirtschaftlichen Turbulenzen, andauernden Schwierigkeiten auf den globalen Finanzmärkten, geopolitischer Instabilität und möglichen terroristischen Aktivitäten aus. Diese Faktoren könnten zu starken Schwankungen an den Finanzmärkten führen. Weiter steigende Preise bei Rohöl und anderen Rohstoffen sowie ein Anhalten der Immobilien- und Subprime-Krise stellen weitere Risiken für die Weltwirtschaft dar. Diese könnten starke Verwerfungen im Finanzsektor, eine Rezession in den USA und im Ergebnis eine stärkere Abschwächung der Weltwirtschaft auslösen.

DIE BANKENBRANCHE

Der Ausblick für die Bankenbranche wird sowohl von kurzfristigen als auch von längerfristigen Trends beeinflusst.

Die weitergehenden Auswirkungen der amerikanischen Subprime-Krise dürften zumindest kurzfristig die globalen Finanzmärkte und die Bankenbranche weiter belasten. Schwächeres Wirtschaftswachstum, Turbulenzen an den Finanzmärkten, sinkende Immobilienpreise und schwierigere Finanzierungsbedingungen könnten sowohl die Beratungs- und Übernahmeaktivitäten im Unternehmenssektor als auch die Finanzen der Privathaushalte beeinflussen und damit die Gewinne der Banken beeinträchtigen.

Die Liquiditätslage im Geld- und Interbankenmarkt war in der zweiten Jahreshälfte 2007 sehr angespannt, was sich auch Anfang 2008 kaum ändern dürfte. Die Risikoneigung von Investoren und Kreditgebern dürfte voraussichtlich geringer ausfallen als in 2006 und der ersten Hälfte 2007 und die Refinanzierungskosten im Finanzsystem entsprechend beeinflussen. Dadurch dürften die Umsätze in bestimmten Bereichen von strukturierten Kreditfinanzierungen und riskanteren Schuldverschreibungen, insbesondere bei Wertpapieren, die durch Subprime-Hypotheken besichert sind, erheblich zurückgehen. Die Ergebnisse und die Kapitalbasis einiger Banken wurden in 2007 durch Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Positionen in bestimmten Bereichen erheblich belastet. Insbesondere waren Positionen in Subprime-Hypotheken, verwandten Produkten, einschließlich Collateralized Debt Obligations (CDOs) und Residential Mortgage-backed Securities (RMBS), und Risikopositionen gegenüber verwandten Sektoren im Finanzsystem, wie zum Beispiel Monoline-Versicherern betroffen. Falls sich das Umfeld nicht verbessern sollte, sind hier weitere Belastungen zu erwarten.

Im Firmenkundengeschäft dürfte die reduzierte Risikoneigung von Finanzinstituten die Finanzierung verschiedener Aktivitäten im Unternehmenssektor, einschließlich Übernahmen, beeinträchtigen, insbesondere bei Transaktionen mit hohem Fremdkapitalanteil. Darüber hinaus dürften kurzfristig Volatilität und Unsicherheit an den Finanzmärkten das Emissionsgeschäft mit Aktien und Schuldverschreibungen beeinflussen. Angesichts anhaltender Nervosität von Investoren dürften Banken mit hohen Volumina von Krediten oder Kreditzusagen im Bereich Leveraged Finance Schwierigkeiten bei der Platzierung dieser Kredite bei Investoren haben. Andererseits bleiben die weltweit bekannt gegebenen, noch nicht abgewickelten Firmenübernahmen im historischen Vergleich stabil, wenn auch niedriger als in 2007. Die Marktaktivität in diesem Geschäftsfeld wird in den schnell wachsenden Volkswirtschaften in Asien und in den energieproduzierenden Staaten stark bleiben.

Im Privatkundengeschäft dürften Konsumfinanzierungen und Hypothekenkredite von einem herausfordernden Kreditumfeld mit strikterer Kreditvergabe geprägt sein, insbesondere in den etablierten Volkswirtschaften, die einen hohen Verschuldungsgrad der privaten Haushalte und stagnierende oder fallende Immobilienpreise aufweisen. Die Turbulenzen an den Aktienmärkten könnten die Verunsicherung der Privatinvestoren weiter erhöhen und sich dadurch negativ auf den Absatz von Spar- und Anlageprodukten auswirken. In der Mehrheit der wachstumsstarken Schwellenländer dürften allerdings der steigende private Wohlstand und der Bedarf an privater Altersvorsorge die Nachfrage sowohl nach Konsumentenkrediten als auch nach Spar- und Altersvorsorgeprodukten positiv beeinflussen.

Darüber hinaus bleibt die Bankenbranche auch weiterhin verschiedenen regulatorischen Veränderungen ausgesetzt. Dazu zählen beispielsweise die Einführung von Basel II oder die Umsetzung der Finanzmarktrichtlinie MiFID. Mögliche regulatorische Maßnahmen als Reaktion auf die jüngsten Turbulenzen an den Finanzmärkten sind derzeit noch

nicht absehbar. Allerdings können, zusätzlich zu freiwilligen Maßnahmen, striktere regulatorische Anforderungen und damit verbundene höhere Compliancekosten nicht ausgeschlossen werden.

Neben diesen kurzfristigen Faktoren wird der Ausblick für den Bankensektor von mehreren längerfristigen Trends bestimmt, die bereits in den vergangenen Jahren erkennbar waren. Erstens wird die Globalisierung anhalten, die Weltwirtschaft wird stärker integriert, Handelsschranken werden abgebaut und wachstumsstarke Schwellenländer gewinnen an Bedeutung. Zweitens wird die Bedeutung der weltweiten Kapitalmärkte als Mittel zur Finanzierung unternehmerischer Aktivitäten weiter zunehmen in einem Umfeld, in dem Risikoerwägungen die Expansion von Bankbilanzen durch traditionelles Kreditgeschäft begrenzen und in dem die Nachfrage von Investoren nach Kapitalmarktprodukten hoch bleibt. Und drittens wächst das investierte Vermögen weltweit als Ergebnis steigender Nachfrage nach privater Altersvorsorge in den etablierten Volkswirtschaften und der Entstehung neuen Wohlstands in Wachstumsregionen.

DIE DEUTSCHE BANK

Der Ausblick für die Deutsche Bank AG als führende globale Investmentbank mit einem bedeutenden Privatkundengeschäft sollte im Kontext der oben beschriebenen kurz- und längerfristigen Trends gesehen werden. Weiterhin ist der Ausblick für die Deutsche Bank auf den Deutsche Bank Konzern abgestellt, da alle Ereignisse im Konzern direkt oder indirekt für die Obergesellschaft relevant sind.

In Corporate and Investment Banking werden die Volumina in den Märkten, die 2007 besonders stark von den Marktturbulenzen betroffen waren, voraussichtlich zumindest kurzfristig erheblich niedriger ausfallen. Hierzu zählen insbesondere das Geschäft mit strukturierten Finanzierungen und andere Subprime-nahe Bereiche. Unser Geschäft in Global Markets sollte allerdings von seinem hochgradig diversifizierten Geschäftsmodell mit einer starken Stellung in den Finanzmärkten der Schwellenländer, wo positive Wachstumsaussichten anhalten, profitieren. Darüber hinaus verzeichneten unsere kundenbezogenen Handelsbereiche, einschließlich Fremdwährungen und Zinsprodukte, in der jüngsten Phase der Marktturbulenzen hohe Umsätze und werden voraussichtlich auch weiterhin den Ausblick für die Handelsbereiche positiv beeinflussen. Das Corporate-Finance-Geschäft würde, wie zuvor erwähnt, durch eine Reduzierung der Aktivitäten im Unternehmenssektor oder einen Rückgang im Emissionsgeschäft mit Aktien und Anleihen negativ beeinflusst. Das Geschäft würde ebenfalls unter anhaltender Zurückhaltung der Investoren im Bereich Leveraged Finance leiden. Angesichts unserer führenden Position in Europa, wo wir im Emissionsgeschäft mit Aktien und Anleihen sowie bei der Übernahmeberatung nach Provisionsaufkommen an erster Stelle liegen, erwarten wir allerdings, von einer „Flucht in Qualität“ durch Firmenkunden profitieren zu können. Darüber hinaus beeinflusst die anhaltende Dynamik in energieproduzierenden Staaten und im asiatisch-pazifischen Raum, verbunden mit einer hohen Aktivität im Unternehmenssektor, den Ausblick für unser Geschäft positiv. Unser Transaction Banking-Geschäft, mit seiner schon starken Position in Europa wird voraussichtlich von seinen Investitionen der vergangenen Jahre in etablierte Märkte wie auch in Wachstumsmärkte profitieren. Ein sinkendes Zinsniveau könnte hier allerdings die Erträge in einigen Geschäftsfeldern beeinträchtigen.

In Private Clients and Asset Management erwarten wir kurzfristig positive Effekte, sowohl durch die Integration der in den Jahren 2006 und 2007 getätigten Akquisitionen als auch durch organisches Wachstum. Dazu dürften auch die Nettomittelzuflüsse von 59 Mrd € in 2007 beitragen. Ein schwächeres Wirtschaftswachstum in den etablierten Volkswirtschaften, die Verunsicherung von Investoren angesichts volatiler Aktienmärkte und eine striktere Kreditvergabe könnten allerdings die Dynamik unseres Geschäfts mit Privatkunden abschwächen. Positive Geschäftsaussichten

ergeben sich nicht zuletzt durch unsere Investitionen in das Vertriebsnetz und in die Ausweitung unserer Kundenbasis in den wichtigen asiatischen Märkten China und Indien, wo die Dynamik sowohl im wirtschaftlichen Umfeld als auch in der Anlegeraktivität hoch bleiben dürfte.

Die Deutsche Bank hat ihre Kapitalbasis in 2007 gestärkt. Unsere Wertberichtigungen und Handelsverluste als Folge der Marktturbulenzen in der zweiten Jahreshälfte waren erheblich niedriger als bei einigen anderen führenden internationalen Banken. Dadurch verfügt die Deutsche Bank über die notwendige Kapitalstärke und das Potenzial, um weiter in den Ausbau der Geschäftsfelder zu investieren, Marktanteile zu gewinnen und letztlich die Wettbewerbsposition in Kerngeschäftsfeldern zu stärken. Die positiven Aussichten für die Deutsche Bank stützen sich dabei auf eine solide Refinanzierungsbasis durch Kundeneinlagen und andere hochwertige unbesicherte Finanzierungsinstrumente. Diese Basis sollte sich positiv auf zukünftige Liquiditätsmaßnahmen auswirken.

Längerfristig sollte die Deutsche Bank von ihrer Positionierung in Bezug auf die zuvor beschriebenen längerfristigen Trends profitieren. Im Zuge der fortgesetzten Globalisierung erweist sich das globale Netzwerk der Deutschen Bank zunehmend als Wettbewerbsvorteil. Wir sind in 76 Ländern der Welt präsent, einschließlich aller größeren wachstumsstarken Schwellenmärkte. Mehr als 70 % unserer Erträge im Jahr 2007 wurden außerhalb Deutschlands erwirtschaftet. Im Zuge des fortgesetzten Wachstums der weltweiten Kapitalmärkte gewinnt unser Investment-Banking-Geschäft weiter an Bedeutung. Hier hilft auch unsere Präsenz in den wichtigen Kapitalmärkten der Schwellenländer. Bezogen auf das Wachstum der weltweit angelegten Vermögen haben wir mit unserem Vermögensverwaltungsgeschäft eine günstige Positionierung für längerfristiges Wachstum erreicht.

Als Teil der Phase drei unserer Managementagenda, die im Oktober 2006 veröffentlicht wurde, haben wir uns für den Konzern zum Ziel gesetzt, ein zweistelliges prozentuales Wachstum des Ergebnisses je Aktie (verwässert) und eine nachhaltige Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) von mindestens 25 % über den Geschäftszyklus zu erreichen. Zusätzlich haben wir eine „Vision“ kommuniziert, nach der wir im Konzern einen Vorsteuergewinn (gemäß unserer Zielgrößendefinition) von 8,4 Mrd € für das Jahr 2008 anstreben. Seit Mitte 2007 haben die außerordentlich schwierigen Bedingungen an den Kapitalmärkten zu erheblich niedrigeren Geschäftsvolumina in den unmittelbar betroffenen Bereichen und zu Besorgnis über die weitere wirtschaftliche Entwicklung und Geschäftsentwicklung geführt. Zu den hauptsächlich betroffenen Bereichen zählen die Geschäftsfelder Leveraged Finance und strukturierte Finanzierungen. Neben reduzierter Aktivität und rückläufigen Erträgen in diesen und anderen Bereichen können anhaltend schwierige Marktbedingungen dazu führen, dass Abschreibungen auf die Buchwerte einiger unserer Portfolios, einschließlich auf Kredite und Kreditzusagen im Bereich Leveraged Finance, vorgenommen werden müssen. Diese negativen Effekte auf unsere Ertragslage können möglicherweise nicht durch Erfolge in anderen Geschäftsbereichen aufgefangen werden, insbesondere für den Fall, dass die Annahmen für ein verlangsamtes, aber anhaltendes Wirtschaftswachstum in 2008 sich als falsch erweisen und das wirtschaftliche Umfeld sich stärker eintrübt. Diese Umstände könnten die Erreichung unseres veröffentlichten Gewinnziels negativ beeinflussen.

CORPORATE AND INVESTMENT BANKING

Unser Geschäftsbereich Corporate Banking and Securities (CB&S) umfasst die Geschäftsfelder Sales & Trading Equity, Debt und sonstige Produkte, das Emissionsgeschäft mit Aktien und Schuldverschreibungen sowie die Beratung von Unternehmen bei M&A- und anderen Aktivitäten. In unseren Handelsbereichen werden voraussichtlich die Marktvolumina insbesondere in den Bereichen erheblich niedriger ausfallen, die unmittelbar von der Subprime-Krise betroffen sind. Hierzu zählen das Geschäft mit Residential Mortgage-backed Securities (RMBS), Collateralized Debt

Obligations (CDOs) und andere Bereiche im Handel mit strukturierten Kreditprodukten. Andererseits verzeichnete der kundenbezogene Handel mit Produkten wie Währungen, Staatsanleihen, Zinsswaps und Geldmarktinstrumenten seit Mitte 2007 gestiegene Umsätze und verbesserte Margen und beeinflusst damit den Ausblick für das Geschäft in CIB positiv. Darüber hinaus wird der Ausblick für unser Sales & Trading-Geschäft von den Investitionen der vergangenen Jahre, insbesondere in den Handel mit Rohstoffen und Wertpapieren aus Schwellenländern, gestützt. Im Zuge der Marktturbulenzen können sich auch Möglichkeiten eröffnen, um Marktanteile in strategisch wichtigen Geschäftsfeldern wie Prime Brokerage zu gewinnen.

Der Ausblick für unser Geschäft in Corporate Finance dürfte von niedrigeren Volumina sowohl im Aktien- wie auch im Anleiheemissionsgeschäft beeinflusst werden, die eine Folge der zuvor erwähnten Unsicherheit an den Kapitalmärkten sind. Unser Leveraged-Finance-Geschäft wird angesichts der bereits erwähnten Zurückhaltung der Investoren und eines niedrigeren Niveaus an Transaktionen mit hohem Fremdfinanzierungsanteil bei Finanzinvestoren Bedingungen vorfinden, die wesentlich unvorteilhafter sein dürften als in 2006 und der ersten Hälfte 2007. Diese Faktoren dürften nicht nur zu niedrigeren Neuemissionen im Bereich Leveraged Finance führen, sondern könnten auch unsere Erträge durch Abschreibungen von bestehenden Krediten und Kreditzusagen belasten. Verbliebene zur Veräußerung bestimmte Kredite könnten darüber hinaus unsere Kapitalquote negativ beeinflussen. Andererseits profitiert unser Ausblick von den vergleichsweise robusten Bedingungen im Unternehmenssektor der wichtigsten europäischen Märkte, einschließlich unseres Heimatmarkts Deutschland, und von der anhaltenden Dynamik der Unternehmensaktivität in schnell wachsenden Schwellenländern, insbesondere in Osteuropa und im asiatisch-pazifischen Raum.

Der Ausblick für unser Geschäft in Global Transaction Banking (GTB) wird durch verschiedene Faktoren beeinflusst. Die Einführung des einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsraums (SEPA) eröffnet einem führenden Anbieter von Cash-Management-Lösungen wie der Deutschen Bank Chancen, um Kunden in diesem sich verändernden Umfeld zu begleiten. Der Ausblick für unser Custody-Geschäft profitiert von den Investitionen der vergangenen Jahre, sowohl in Deutschland (einschließlich des Mittelstand-Segments) als auch in schnell wachsenden Märkten wie Asien. Das anhaltende Wachstum des Welthandels stützt den Ausblick für unser Trade-Finance-Geschäft, auch wenn dieses Geschäft zu einem gewissen Grad unter der anhaltenden Schwäche des US-Dollar leiden dürfte. Nicht zuletzt hätte auch ein niedrigeres Zinsumfeld einen negativen Einfluss auf das Zinsergebnis in GTB.

Längerfristig wird der Ausblick für CIB von dem zuvor beschriebenen Wachstumstrend der weltweiten Kapitalmärkte, einschließlich der Kapitalmärkte in den wachstumsstarken Schwellenländern, gestützt. Als führende Investmentbank (gemessen nach Erträgen) ist CIB gut positioniert, um von diesem Trend zu profitieren.

PRIVATE CLIENTS AND ASSET MANAGEMENT

In Asset and Wealth Management (AWM) wird unser kurzfristiger Ausblick durch verschiedene Faktoren beeinflusst. Die Erträge in unserem Geschäft mit Publikumsfonds und mit Immobilieninvestments könnten durch die Verunsicherung der privaten Investoren angesichts der aktuellen Turbulenzen an den Kapitalmärkten sowie durch Belastungen im Immobiliensektor auf einigen wichtigen Märkten beeinträchtigt werden. Korrekturen an wichtigen Aktienmärkten könnten sich negativ auf Einnahmen auswirken, die von der Wertentwicklung des verwalteten Vermögens abhängig sind. Positive Auswirkungen auf die Ertragsentwicklung erwarten wir hingegen aus den Investitionen der vergangenen Jahre in Produktentwicklung und Vertriebskapazitäten, und aus den Nettomittelzuflüssen von 27 Mrd € in 2007. Längerfristig ist unser Asset-Management-Geschäft in Bezug auf globale Branchentrends gut aufgestellt. Dazu gehören das Wachstum des Markts für private Altersvorsorge in Europa, der steigende Wohlstand in Schwellenländern, die

Institutionalisierung der Vermögensanlage in Alternative Investments und das Outsourcing des Anlagemanagements in der Versicherungsbranche. Dank unseres starken Vertriebsnetzes in Europa, unserer Plattform für Alternative Investments, unserer Investitionen in Asien einschließlich der Partnerschaft mit Harvest Fund Management in China und unserer führenden Position (gemessen an Invested Assets) im Anlagemanagement von Versicherungen werden diese Trends den Ausblick für das Asset Management positiv beeinflussen.

In Private Wealth Management (PWM) wird der Ausblick kurzfristig durch die Nettomittelzuflüsse von 13 Mrd € in 2007 und durch die Investitionen der vergangenen Jahre in unsere Plattform positiv beeinflusst. Allerdings könnte die erwähnte Verunsicherung der privaten Investoren angesichts anhaltender Turbulenzen an den Finanzmärkten diese Dynamik wie auch die Wertentwicklung der verwalteten Vermögen beeinträchtigen. Längerfristig profitiert der Ausblick für PWM jedoch vom Wachstumstrend der weltweit investierten Vermögenswerte, insbesondere in stark wachsenden Schwellenländern und Energie produzierenden Staaten, die einen rasanten Anstieg des Wohlstands und einen Zuwachs in der Zahl der besonders vermögenden Investoren erfahren haben. Dank unserer Investitionen der vergangenen Jahre in die Betreuungskapazität in diesen Märkten, insbesondere in Asien, sowie der gestärkten Zusammenarbeit zwischen PWM und CIB, haben wir die Chance, diesen Trend zu unserem Vorteil zu nutzen.

Auch in Private & Business Clients (PBC) wird der Ausblick für unseren Heimatmarkt Deutschland von den Investitionen der vergangenen Jahre in die Vertriebskapazität geprägt. Dazu gehören die Ausweitung unseres Filialnetzes, Neueinstellungen und Vertriebspartnerschaften. Darüber hinaus erwarten wir positive Effekte aus neuen Produkten für bestimmte Kundensegmente. Die Erträge in Deutschland dürften auch von den jüngsten Übernahmen der Berliner Bank und der norisbank profitieren. Die Berliner Bank verstärkt unsere Präsenz im Großraum Berlin, während die norisbank unsere Position im „Consumer Banking“ verbessert. In den europäischen Märkten außerhalb Deutschlands profitiert PBC von den Investitionen zur Erweiterung des Vertriebs. So hat sich in Polen das PBC-Filialnetz seit 2004 auf 63 Filialen verdoppelt, und Konsumentenkredite werden durch ein Netz von 66 spezialisierten Kredit-Shops unter der Marke „db-kredyt“ vertrieben. In den asiatischen Kernmärkten sollte PBC von anhaltendem Wirtschaftswachstum, zunehmendem Wohlstand und einer steigenden Nachfrage nach Bankdienstleistungen durch Privatkunden profitieren. Der Ausblick für PBC in diesen Märkten, insbesondere in China und Indien, wird auch durch die jüngsten Investitionen gestützt. In Indien erreicht PBC mittlerweile mehr als 500.000 Kunden über 10 Filialen und ein Netz von Finanzmaklern. In China ist PBC sowohl über unsere Partnerschaft mit der Hua Xia Bank als auch über drei Filialen mit einem umfassenden Produktangebot für Kunden präsent. Unser Anlagegeschäft mit Privatkunden könnte allerdings unter den zuvor erwähnten Turbulenzen an den Finanzmärkten leiden und unser Konsumentenkreditgeschäft könnte vom zuvor angesprochenen schwierigeren Umfeld bei der Kreditvergabe betroffen sein. Darüber hinaus könnte auch ein verstärkter Konditionenwettbewerb unsere Margen reduzieren.

Längerfristig wird der Ausblick für PBC durch den anhaltenden Wachstumstrend bei den investierten Vermögen von Privatanlegern positiv beeinflusst, sowohl als Antwort auf den steigenden Bedarf an privater Altersvorsorge als auch als Antwort auf Vermögenszuwächse in den etablierten Volkswirtschaften wie auch in den wachstumsstarken Schwellenländern der Welt.

Bilanz

Aktivseite in Mio €			31.12.2007	31.12.2006
Barreserve				
a) Kassenbestand			20	21
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			11.619	4.357
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	9.238			(1.517)
			11.639	4.378
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen			2.675	3.916
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	1.494			(3.106)
b) Wechsel			433	516
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0			(229)
			3.108	4.432
Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig			108.188	94.074
b) andere Forderungen			149.193	112.924
darunter: durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	79.892			206.998
			257.381	(61.891)
Forderungen an Kunden			588.926	480.107
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	2.564			(3.019)
Kommunalkredite	5.816			(4.261)
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	158.377			(149.843)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		1.006		468
ab) von anderen Emittenten		7.830		6.402
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	78			(508)
			8.836	6.870
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		87.709		77.482
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	40.937			(40.369)
bb) von anderen Emittenten		130.908		121.571
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	20.218			(16.793)
			218.617	199.053
c) Eigene Schuldverschreibungen			2.970	1.555
Nennbetrag	3.090			(1.824)
			230.423	207.478
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			127.892	114.681
Beteiligungen			870	1.237
darunter: an Kreditinstituten	224			(172)
an Finanzdienstleistungsinstituten	67			(1)
Anteile an verbundenen Unternehmen			38.323	37.858
darunter: an Kreditinstituten	6.035			(5.753)
an Finanzdienstleistungsinstituten	1.417			(1.098)
Treuhandvermögen			1.034	845
darunter: Treuhandkredite	334			(335)
Immaterielle Anlagewerte			530	577
Sachanlagen			911	670
Eigene Aktien (rechnerischer Wert 75 Mio €)			2.610	2.366
Sonstige Vermögensgegenstände			621.595	391.142
Steuerabgrenzungsposten			899	1.038
Rechnungsabgrenzungsposten			627	857
Summe der Aktiva			1.886.768	1.454.664

Passivseite in Mio €			31.12.2007	31.12.2006
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		286.102		269.425
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		209.430		187.667
			495.532	457.092
darunter:				
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	85.371			(55.728)
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		2.953		2.156
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		2.185		1.086
			5.138	3.242
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig		258.296		178.045
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		256.905		212.419
			515.201	390.464
darunter:			520.339	393.706
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	98.844			(76.732)
Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		33.374		22.569
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		155.751		119.639
			189.125	142.208
darunter:				
Geldmarktpapiere	26.550			(35.648)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	3.768			(1.291)
Treuhandverbindlichkeiten			1.034	845
darunter: Treuhandkredite	334			(335)
Sonstige Verbindlichkeiten			627.440	409.619
Rechnungsabgrenzungsposten			520	467
Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		3.105		3.076
b) Steuerrückstellungen		2.297		1.564
c) andere Rückstellungen		6.936		6.872
			12.338	11.512
Nachrangige Verbindlichkeiten			13.784	13.775
Fonds für allgemeine Bankrisiken			3.475	3.475
Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		1.358		1.343
bedingtes Kapital 156 Mio € (31.12.2006: 171 Mio €)				
b) Kapitalrücklage		12.973		12.524
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage		13		13
cb) Rücklage für eigene Anteile		2.610		2.366
cc) andere Gewinnrücklagen		3.840		3.620
			6.463	5.999
d) Bilanzgewinn		2.387		2.099
			23.181	21.965
Summe der Passiva			1.886.768	1.454.664
Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			–	–
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Seiten 44 und 45)		52.434		39.291
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		101		59
			52.535	39.350
Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		–		–
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		–		162
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		134.825		141.210
			134.825	141.372

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Aufwendungen in Mio €			2007	2006
Zinsaufwendungen			36.925	31.129
Provisionsaufwendungen			1.689	1.300
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	5.764			5.759
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.278	7.042		1.348
darunter: für Altersversorgung	451			(520)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		4.695		4.747
			11.737	11.854
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			226	220
Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.849	639
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			453	–
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			582	1.553
Aufwendungen aus Verlustübernahme			140	19
Außerordentliche Aufwendungen			2	92
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			1.835	619
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen			62	45
Jahresüberschuss			2.757	4.280
Summe der Aufwendungen			58.257	51.750

			2007	2006
Jahresüberschuss			2.757	4.280
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			94	47
			2.851	4.327
Einstellungen in Gewinnrücklagen				
– in die Rücklage für eigene Anteile	244			1.780
– in andere Gewinnrücklagen	220			448
			464	2.228
Bilanzgewinn			2.387	2.099

Erträge in Mio €		2007	2006
Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	32.504		27.588
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	6.337		5.082
		38.841	32.670
Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	7.098		5.601
b) Beteiligungen	22		58
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	530		423
		7.650	6.082
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		1.369	2.486
Provisionserträge		7.355	6.723
Nettoertrag aus Finanzgeschäften		2.407	1.810
Erträge aus der Zuschreibung zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		–	433
Sonstige betriebliche Erträge		627	1.507
Außerordentliche Erträge		8	39
Summe der Erträge		58.257	51.750

Anhang

Der Jahresabschluss der Deutschen Bank AG für das Geschäftsjahr 2007 ist nach den Vorschriften des Bankbilanzrichtliniengesetzes (§§ 340 ff. HGB, RechKredV) aufgestellt worden; aktienrechtliche Vorschriften wurden beachtet. Zum Zweck der Übersichtlichkeit sind die Werte in Millionen € ausgewiesen.

GRUNDLAGEN UND METHODEN

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze für:

FORDERUNGEN

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag oder den Anschaffungskosten ausgewiesen. Erforderliche Wertberichtigungen werden gekürzt. Zur Veräußerung bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft werden zum niedrigeren Wert aus Buch- oder Marktwert ausgewiesen. In Handelsportfolios enthaltene Forderungen werden, wie im separaten Abschnitt Handelsaktivitäten beschrieben, bewertet.

WERTPAPIERE

Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, die nicht dem Handelsbestand zugeordnet sind, werden gemäß § 253 Abs. 1 und 3 HGB nach dem für das Umlaufvermögen geltenden strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten beziehungsweise mit den niedrigeren Börsenwerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, sofern sie zu Handelszwecken gehalten werden, sind mit ihrem Marktwert angesetzt. Die Bewertung der Handelsaktivitäten ist gesondert beschrieben.

EINGEBETTETE DERIVATE

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als zum Fair Value bewertet erfasst, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt. Wertänderungen, soweit sie zu Vereinnahmen sind, werden im Nettoertrag aus Finanzgeschäften ausgewiesen. Der Basisvertrag wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

HANDELSAKTIVITÄTEN

Die Handelsportfolios werden seit dem Geschäftsjahr 2005 nach dem risikoadjustierten Marktwertansatz bewertet, dessen Ausgangspunkt die Marktwerte (Fair Values) der Finanzinstrumente des Handelsbestands sind. Im Rahmen der Bewertung von Finanzinstrumenten zum Fair Value werden Wertanpassungen für Close-out-Kosten, Liquiditätsrisiken und Kontrahentenrisiken berücksichtigt. Die positiven und negativen Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbereichs sind unter den sonstigen Vermögensgegenständen und sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Um etwaig verbliebenen Realisationsrisiken Rechnung zu tragen, wird das aus der Marktbewertung resultierende Ergebnis um einen Value-at-Risk-Abschlag reduziert, der unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen wird. Der Berechnung des Value-at-Risk-Abschlags liegen eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99 % zugrunde.

Der Fair Value ist definiert als der Preis, zu dem ein Finanzinstrument im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen und vertragswilligen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte. Sofern verfügbar, basiert der Fair Value auf beobachtbaren Börsenpreisen oder wird aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Die Verfügbarkeit beobachtbarer Daten variiert je nach Produkt und Markt und kann sich im Zeitablauf ändern. Sind keine beobachtbaren Börsenkurse oder Informationen vorhanden, wird der Fair Value anhand von Bewertungsmodellen, die für das jeweilige Instrument angemessen sind, ermittelt.

BETEILIGUNGEN UND ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN SOWIE SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE ANLAGEWERTE

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden seit 2006 mit ihren Anschaffungskosten oder unter Ausnutzung des Wahlrechts gemäß § 253 HGB mit dem niedrigeren Zeitwert angesetzt. Sowohl bei den Wertpapieren als auch bei den Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen werden Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot (§ 280 HGB) vorgenommen. Von der gemäß § 340c Abs. 2 HGB zulässigen Aufrechnung wurde Gebrauch gemacht.

Sachanlagen sowie entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, gegebenenfalls vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

VERBINDLICHKEITEN

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungs- beziehungsweise Nominalbetrag bewertet. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit dem Barwert ausgewiesen.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen angesetzt; im Inland werden Pensionsrückstellungen nach dem Teilwertverfahren nach § 6a Einkommensteuergesetz unter Verwendung eines Rechnungszinssatzes von 6 % ermittelt.

Für fondsbezogene Kapitalkontenpläne, die aus den Beiträgen für die Mitarbeiter aufgebaut werden, werden die Pensionsrückstellungen mit der Summe aus dem Zeitwert des Fondsvermögens aus den Beiträgen für die Mitarbeiter und dem Barwert der Risikozusatzleistung angesetzt. Falls dieser Wert niedriger ist als der Teilwert nach § 6a Einkommensteuergesetz, wird die Rückstellung auf den Teilwert angehoben.

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen, bei denen es sich entweder um Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten oder für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften handelt, sind in Übereinstimmung mit § 253 Abs. 1 HGB gemäß den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet.

RISIKOVORSORGE

Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken, für latente Ausfallrisiken und die Vorsorge für allgemeine Bankrisiken.

Für Bonitätsrisiken werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen in Höhe des erwarteten Ausfalls gebildet.

Das Transferrisiko für Kredite an Kreditnehmer in ausländischen Staaten (Länderrisiko) wird auf der Basis eines Ratingsystems, das die wirtschaftliche, politische und regionale Situation berücksichtigt, bewertet. Für grenzüberschreitende Engagements gegenüber bestimmten Staaten werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen gebildet.

Dem latenten Kreditrisiko wird in Form der Pauschalwertberichtigung nach handelsrechtlichen Grundsätzen Rechnung getragen. Außerdem besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB. Das Wahlrecht zur Aufrechnung gemäß § 340f Abs. 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Währungsumrechnung folgt den in § 340h HGB vorgegebenen Grundsätzen.

Auf fremde Währungen lautende und wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände, die nicht in derselben Währung besonders gedeckt sind, werden zu historischen Anschaffungskosten angesetzt. Andere auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte sind zum Kassa-Mittelkurs des Bilanzstichtags umgerechnet, Devisentermingeschäfte zum Terminkurs am Bilanzstichtag.

Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung wurden entsprechend § 340h Abs. 2 HGB in der Gewinn- und Verlust-Rechnung berücksichtigt.

Die Posten der Bilanz sowie die Posten der Gewinn- und Verlust-Rechnung von Auslandsfilialen sind zu Mittelkursen des jeweiligen Bilanzstichtags in Euro umgerechnet (Stichtagsmethode). Kursdifferenzen aus der Währungsumrechnung von Bilanzposten innerhalb der Bank werden – mit Ausnahme von Währungskursverlusten aus der Umrechnung des unseren Auslandsfilialen zur Verfügung gestellten Dotationskapitals (einschließlich Ergebnisvorträgen) – erfolgsneutral den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise sonstigen Verbindlichkeiten zugeordnet.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Aufgliederung der in nachstehenden Bilanzpositionen enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere:

in Mio €	börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	198.974	182.327	31.449	25.151
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	107.037	109.273	13.270	1.753
Beteiligungen	181	125	76	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	115	47

Die Bilanzposition Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (127.892 Mio €) enthält an einen unabhängigen Vermögenstreuhänder übertragene Fondsanteile in Höhe von 3.489 Mio € (31.12.2006: 3.583 Mio €), die ausschließlich für die Erfüllung von Pensionsverpflichtungen gegenüber Mitarbeitern und Pensionären in Deutschland sowie für die Erfüllung von Altersteilzeitverpflichtungen verwendet werden dürfen.

In der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind zu Handelszwecken gehaltene und zu Marktwerten angesetzte Wertpapiere in Höhe von 226.186 Mio € (31.12.2006: 203.626 Mio €) enthalten. In der Bilanzposition Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind zu Handelszwecken gehaltene und zu Marktwerten angesetzte Wertpapiere in Höhe von 123.700 Mio € (31.12.2006: 110.682 Mio €) enthalten.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung des Anlagevermögens:

in Mio €	Anschaffungs-/ Herstellungskosten			Abschreibungen und Wertberichtigungen			Buchwerte	
	Stand 1.1.2007	Zugänge	Abgänge	kumuliert	davon lfd. Jahr	davon Abgänge	Stand 31.12.2007	Stand 31.12.2006
Immaterielle Anlagewerte	813	63	9	337	67	9	530	577
Sachanlagen	1.856	457	114	1.288	159	83	911	670
Grundstücke und Gebäude	116	159	1	21	7	0	253	101
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.740	298	113	1.267	152	83	658	569
		Veränderungen						
Beteiligungen			-367				870	1.237
Anteile an verbundenen Unternehmen			+465				38.323	37.858
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			+156				156	-

Von der nach § 34 Abs. 3 RechKredV möglichen Zusammenfassung für Finanzanlagen wurde Gebrauch gemacht. Wechselkursveränderungen, die sich aufgrund der Währungsumrechnung zu Stichtagskursen bei Auslandsfilialen ergaben, wurden bei den Anschaffungs-/Herstellungskosten (Stand: 1.1.2007) und bei den kumulierten Abschreibungen und Wertberichtigungen berücksichtigt. Grundstücke und Gebäude mit einem Buchwert von insgesamt 244 Mio € wurden im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzt.

NACHRANGIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

In den nachstehenden Positionen enthaltene nachrangige Vermögensgegenstände:

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Forderungen an Kreditinstitute	1.249	1.949
Forderungen an Kunden	1.126	359
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.127	655
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1	17

IMMATERIELLE ANLAGEWERTE

Die unter den immateriellen Anlagewerten ausgewiesenen Firmenwerte werden über die erwartete Nutzungsdauer von fünf bis 15 Jahren abgeschrieben. Als immaterieller Vermögensgegenstand klassifizierte Software wird entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die zu Handelszwecken gehalten werden, in Höhe von 609.980 Mio € (31.12.2006: 384.431 Mio €). Darüber hinaus werden nachschüssige Zahlungen aus Swapgeschäften, Edelmetallbestände, Schecks und fällige Schuldverschreibungen sowie Steuererstattungsansprüche an Finanzämter unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

STEUERABGRENZUNGSPOSTEN

Der aktive Abgrenzungsposten gemäß § 274 Abs. 2 HGB beträgt 899 Mio €. Er entspricht der voraussichtlichen Steuerentlastung aus den Unterschieden der handelsrechtlichen und der steuerrechtlichen Ergebnisse unter Anwendung der landesspezifischen Steuersätze.

SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die zu Handelszwecken gehalten werden, in Höhe von 619.510 Mio € (31.12.2006: 406.450 Mio €). Darüber hinaus werden der Value-at-Risk-Abschlag sowie abgegrenzte und noch nicht fällige Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten und der passivische Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung ausgewiesen.

NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN

Für die nachrangigen Mittelaufnahmen besteht in keinem Fall eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung durch die Deutsche Bank AG. Im Fall der Liquidation oder der Insolvenz gehen die Forderungen und Zinsansprüche aus diesen Verbindlichkeiten den Forderungen aller Gläubiger der Deutschen Bank AG, die nicht ebenfalls nachrangig sind, nach. Diese Bedingungen treffen auch für die nicht einzeln aufgeführten nachrangigen Mittelaufnahmen zu.

Die Zinsaufwendungen für die gesamten nachrangigen Verbindlichkeiten betragen 682 Mio €. Hierin enthaltene abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 249 Mio € sind unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Wesentliche nachrangige Verbindlichkeiten:

Währung	Betrag	Emittent/Art	Zinssatz	Fälligkeit
€	1.100.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2003	5,13 %	31.01.2013
€	1.000.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	3,88 %	16.01.2014
€	750.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2005	4,99 %	22.09.2015
€	500.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	5,18 %	20.09.2016
€	500.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2005	3,63 %	09.03.2017
€	1.000.000.000,-	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2003 (von der DB Capital Funding LLC IV, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	5,33 %	19.09.2023
€	300.000.000,-	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2003 (von der DB Capital Funding LLC V, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	6,15 %	02.12.2033
€	900.000.000,-	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2005 (von der DB Capital Funding LLC VI, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	6,00 %	28.01.2035
€	300.000.000,-	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2005 (von der DB Capital Finance LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	7,00 %	27.06.2035
GBP	225.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	5,25 %	15.12.2015
US-\$	318.000.000,-	von der DB Capital LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,06 %	30.03.2009
US-\$	550.000.000,-	von der Deutschen Bank Financial Inc., Dover/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,50 %	25.04.2009
US-\$	250.000.000,-	Deutsche Bank AG (in 2005 übernommen von der Deutschen Bank Finance N.V., Curaçao/Niederl. Antillen, ehemals durchgeleitete Anleiheerlöse)	5,30 %	30.04.2009
US-\$	650.000.000,-	von der DB Capital Funding LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,87 %	30.06.2009
US-\$	225.000.000,-	von der DB Capital LLC V, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,16 %	30.06.2010
US-\$	1.150.000.000,-	von der DB Capital Funding LLC IX, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	6,63 %	20.08.2012
US-\$	350.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	5,21 %	17.02.2015
US-\$	800.000.000,-	von der Deutschen Bank Financial Inc., Dover/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	5,38 %	02.03.2015
US-\$	800.000.000,-	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2006 (von der DB Capital Funding LLC VII, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	5,63 %	19.01.2036
US-\$	600.000.000,-	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2006 (von der DB Capital Funding LLC VIII, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	6,38 %	unbefristet
US-\$	800.000.000,-	von der DB Contingent Capital LLC II, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	6,55 %	unbefristet
US-\$	805.000.000,-	von der DB Capital Funding LLC X, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,35 %	unbefristet

EIGENE AKTIEN

Verteilt über das Jahr 2007 hat die Bank beziehungsweise haben mit ihr verbundene Unternehmen für Handelszwecke 387.622.142 Deutsche Bank-Aktien zu den jeweiligen Tageskursen erworben und 387.508.749 Deutsche Bank-Aktien zu den jeweiligen Tageskursen veräußert. Der Erwerb Eigener Aktien stützte sich auf die von den Hauptversammlungen am 1. Juni 2006 sowie am 24. Mai 2007 erteilten Ermächtigungen gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG, deren Schranken bei jedem Kauf- und Verkaufsvorgang eingehalten wurden. Die Ermächtigung vom 1. Juni 2006 wurde mit Wirksamwerden der Ermächtigung vom 24. Mai 2007 aufgehoben. Der durchschnittliche Kaufpreis betrug 102,61 €, der durchschnittliche Verkaufspreis 102,41 € je Stückaktie. Der Verlust ging in das Betriebsergebnis ein.

Die im Verlauf von 2007 insgesamt für Handelszwecke umgesetzten Eigenen Aktien entsprechen rund 73 % des Grundkapitals. Der höchste Tagesbestand belief sich auf 0,85 %, der tägliche Durchschnittsbestand auf 0,15 % des Grundkapitals.

Die Bank wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 24. Mai 2007 ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2008 Eigene Aktien bis zu 10 von Hundert des Grundkapitals gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen; die Einhaltung dieser Grenzen wurde zeitnah überwacht. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutschen Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem das Xetra-System ersetzenden vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- und nicht um mehr als 20 % unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutschen Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem das Xetra-System ersetzenden vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots um nicht mehr als 10 % unterschreiten und um nicht mehr als 15 % überschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Bank je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine Veräußerung der erworbenen Aktien in anderer Weise als über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen, soweit dies gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben. Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung erworbener Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Bank ausgegebenen Optionsscheine, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandelrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wird das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, soweit die Aktien dazu verwendet werden, sie als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Bank und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben, oder soweit sie zur Bedienung von Mitarbeitern der Bank und mit ihr verbundener Unternehmen eingeräumten Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Bank verwendet werden sollen.

Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, die Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zusammen mit Aktien, die aus genehmigtem Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre nach § 186 Abs. 3 S. 4 AktG ausgegeben werden, 10 % des bei der Ausgabe beziehungsweise der Veräußerung von Aktien vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund dieser Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die durch die Hauptversammlung am 1. Juni 2006 erteilte und bis zum 31. Oktober 2007 befristete Ermächtigung zum Erwerb Eigener Aktien wurde ab Wirksamwerden der Ermächtigung vom 24. Mai 2007 aufgehoben.

Am Jahresende 2007 hatte die Deutsche Bank AG 81.550 Stück Eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG im Bestand. Dies entspricht 0,02 % des Grundkapitals. Der Bestand gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG belief sich auf 29.110.528 Stück; das sind 5,49 % des Grundkapitals. Der Gesamtbestand an Eigenen Aktien am Bilanzstichtag erforderte eine Rücklage für eigene Anteile in Höhe des Bilanzwerts der Eigenen Aktien von 2.609.771.773,20 €. Der Bank und den mit ihr verbundenen Unternehmen waren am 31. Dezember 2007 1.304.964 Stück Deutsche Bank-Aktien als Kreditsicherheit verpfändet (Ende 2006: 1.287.832 Stück), das sind 0,25 % (Ende 2006: 0,25 %) des Grundkapitals.

ENTWICKLUNG DES GEZEICHNETEN, GENEHMIGTEN UND BEDINGTEN KAPITALS

Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 530.400.100 Stückaktien, die Aktien lauten auf den Namen. Im Berichtsjahr wurden 5.632.091 Aktien im Rahmen von Aktienoptionsprogrammen für Mitarbeiter ausgegeben.

Ohne den Bestand an Eigenen Aktien beliefen sich die im Umlauf befindlichen Aktien am 31. Dezember 2007 auf 501.208.022 Stück (Ende 2006: 498.822.703 Stück); die durchschnittliche Zahl umlaufender Aktien betrug im Berichtsjahr 495.825.752 Stück.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des gezeichneten, genehmigten und bedingten Kapitals:

in €	Gezeichnetes Kapital	Genehmigtes Kapital	Bedingtes Kapital (noch ausübbar)
Stand 31.12.2006	1.343.406.103,04	426.000.000,00	171.255.255,04
Auslaufen des Hauptversammlungsbeschlusses vom 22.5.2002		-100.000.000,00	
Erhöhung gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 1.6.2006		128.000.000,00	
Ausübung von Optionsrechten von Mitgliedern des Vorstands und Führungskräften der Deutschen Bank AG sowie von Mitgliedern von Geschäftsführungen und Führungskräften verbundener Unternehmen aus Global-Partnership-Plänen	13.668.712,96		-13.668.712,96
Ausübung von Optionsrechten von Mitarbeitern des Deutsche Bank-Konzerns aus Global-Share-Plänen	749.440,00		-749.440,00
Ausgegebene, jedoch verfallene Optionsrechte an Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns aus Global-Share-Plänen			-567.155,20
Stand 31.12.2007	1.357.824.256,00	454.000.000,00	156.269.946,88

ERMÄCHTIGUNGEN DER HAUPTVERSAMMLUNG

Die Hauptversammlung hat dem Vorstand die folgenden Ermächtigungen erteilt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch die Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen, und zwar

GENEHMIGTES KAPITAL

- bis zum 30. April 2008 gegen Geld- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 128.000.000 €, wobei den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen ist; das Bezugsrecht kann jedoch ausgeschlossen werden, wenn eine Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zweck des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt (HV-Beschluss vom 10. Juni 2003);
- bis zum 30. April 2009 gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 150.000.000 €, wobei den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen ist (HV-Beschluss vom 2. Juni 2004);
- bis zum 30. April 2009 gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 48.000.000 €; das grundsätzlich bestehende Bezugsrecht der Aktionäre kann ausgeschlossen werden, wenn der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet (HV-Beschluss vom 2. Juni 2004).
- bis zum 30. April 2011 gegen Geld- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 128.000.000 €, wobei den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen ist; das Bezugsrecht kann jedoch ausgeschlossen werden, wenn eine Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zweck des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt (HV-Beschluss vom 1. Juni 2006);
- bis zum 30. April 2012 gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 85.000.000 €; das grundsätzlich bestehende Bezugsrecht der Aktionäre kann ausgeschlossen werden, wenn der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet (HV-Beschluss vom 24. Mai 2007). Dieses genehmigte Kapital wurde erst am 14. Februar 2008 mit der Eintragung ins Handelsregister wirksam.

In allen Fällen kann das Bezugsrecht für Spitzenbeträge sowie zur Gewährung von Bezugsrechten an Inhaber ausgegebener Optionsscheine, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ausgeschlossen werden.

BEDINGTES KAPITAL

- Der Vorstand konnte auf der Grundlage der Ermächtigung vom 17. Mai 2001 bis zum 31. Dezember 2003 mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zu 12.000.000 Optionsrechte auf Aktien der Deutschen Bank an Mitarbeiter des Konzerns Deutsche Bank ausgeben. Bezüglich des Ausgabepreises, des Erfolgsziels und der Ausübungszeiten galten die Regelungen entsprechend der Ausgabe von Optionsrechten an Führungskräfte. Das bedingte Kapital betrug 10.000.000 €. Zum 31. Dezember 2007 waren entsprechend dieser Ermächtigung Optionsrechte auf Aktien in Höhe von 2.079.925,76 € noch nicht ausgeübt. Das bedingte Kapital kann nicht weiter ausgenutzt werden.

Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Optionsrechte auf Aktien der Deutschen Bank AG an Vorstandsmitglieder und Führungskräfte der Deutschen Bank AG sowie an Mitglieder der Geschäftsführungen und Führungskräfte verbundener Unternehmen auszugeben. Die Ermächtigungen enthalten folgende Bedingungen:

- Hauptversammlungsbeschluss vom 17. Mai 2001: Ausgabe von bis zu 20.000.000 Optionsrechten bis zum 10. Mai 2003. Gewährung in zwei jährlichen Tranchen, die jeweils 70 % des Gesamtvolumens nicht übersteigen dürfen (bedingtes Kapital 51.200.000 €).

— Hauptversammlungsbeschluss vom 22. Mai 2002: Ausgabe von bis zu 25.000.000 Optionsrechten bis zum 20. Mai 2005. Gewährung in jährlichen Tranchen, die jeweils 60 % des Gesamtvolumens nicht übersteigen dürfen (bedingtes Kapital 64.000.000 €).

Zum 31. Dezember 2007 waren entsprechend diesen Ermächtigungen Optionsrechte auf Aktien in Höhe von 4.190.021,12 € noch nicht ausgeübt. Das bedingte Kapital kann nicht weiter ausgenutzt werden.

Jedes Optionsrecht berechtigt gegen Zahlung des Ausgabebetrags zum Bezug einer Stückaktie der Deutschen Bank AG. Der Ausgabebetrag für eine Aktie bei Ausübung der Option ergibt sich aus einem Basispreis zuzüglich eines Zuschlags von 20 %. Der Basispreis entspricht dem durchschnittlichen Schlussauktionspreis der Deutschen Bank-Aktie im Xetra-Handel an der Wertpapierbörse Frankfurt am Main der letzten zehn Handelstage vor dem Tag der Ausgabe der Optionsrechte. Bei der Ausübung sind die Wartezeit für die erstmalige Ausübung und Ausübungszeiträume zu beachten.

Die bedingten Kapitalerhöhungen werden nur insoweit durchgeführt, als die Inhaber der ausgegebenen Optionsrechte von ihrem Bezugsrecht Gebrauch machen und die Bank die Optionsrechte nicht durch Übertragung Eigener Aktien oder im Wege einer Barzahlung erfüllt.

Der Vorstand wurde in der Hauptversammlung vom 2. Juni 2004 ermächtigt, bis zum 30. April 2009 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine zu begeben oder anstelle oder neben Genussscheinen einmalig oder mehrmals Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von längstens 20 Jahren zu begeben. Den Genussscheinen können Inhaberoptions-scheine beigefügt oder sie können mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden. Den Inhabern von Optionsschuldverschreibungen können Optionsrechte sowie den Inhabern von Wandelschuldverschreibungen Wandlungsrechte auf neue Aktien der Deutschen Bank AG nach näherer Maßgabe der Options- beziehungsweise Wandelanleihebedingungen gewährt werden. Der Gesamtbetrag der im Rahmen dieser Ermächtigung auszugebenden Genussscheine, Options- und Wandelschuldverschreibungen darf insgesamt 6.000.000.000 € nicht übersteigen (bedingtes Kapital 150.000.000 €).

Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als von diesen Rechten Gebrauch gemacht wird oder als die zur Wandlung verpflichteten Inhaber ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen.

VERÄNDERUNG DES EIGENKAPITALS

in Mio €		
Stand am 31.12.2006		21.965
Ausschüttung in 2007		-2.005
Gewinnvortrag		-94
Kapitalerhöhung durch Ausübung von Optionsrechten		
– Erhöhung des gezeichneten Kapitals	15	
– Einstellung in die Kapitalrücklage	449	464
Gewinnrücklagen		
– Einstellung in die Rücklage für eigene Anteile	244	
– Einstellung in andere Gewinnrücklagen	220	464
Bilanzgewinn 2007		2.387
Stand am 31.12.2007		23.181

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN

In der Bilanzposition Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen werden ausgewiesen:

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Bürgschaften, Garantien	31.986	24.343
Akkreditive	4.899	3.927
Kredithaftungen	15.549	11.021

ANDERE VERPFLICHTUNGEN

Von den in der Bilanz vermerkten unwiderruflichen Kreditzusagen (134.825 Mio €) betreffen 126.017 Mio € Zusagen für Buch- und Wechselkredite an Nichtbanken. Ferner sind darin unwiderrufliche Kreditzusagen aus dem Geschäftsbereich Leveraged Finance in Höhe von 6,6 Mrd € enthalten. Für diese unwiderruflichen Kreditzusagen im Bereich Leveraged Finance sind Rückstellungen in Höhe von 163 Mio € gebildet worden. Diese Rückstellungen spiegeln Marktrisikoeffekte auf Zusagen für solche Kredite wider, die nach Begebung zur Veräußerung bestimmt sind.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen wurden zum 31. Dezember 2006 um 6,6 Mrd € erhöht und betragen danach 141.210 Mio €.

SONSTIGE VERPFLICHTUNGEN

Die Zahlungsverpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen sowie aus Leasingverträgen betragen 1.119 Mio € bei Restlaufzeiten von bis zu 16 Jahren. Von diesen Verpflichtungen bestehen 61 Mio € gegenüber verbundenen Unternehmen. Es bestehen des Weiteren Abnahmeverpflichtungen in Höhe von 2,2 Mrd € für Waren und Dienstleistungen, die zukünftige Zahlungen unter anderem für Abwicklung, Informationstechnologie und Depotverwaltung umfassen.

Weiterhin werden im Zusammenhang mit den brandschutztechnisch notwendigen und behördlich geforderten Baumaßnahmen sowie weiteren damit im Zusammenhang stehenden Umbau- und Sanierungsmaßnahmen, insbesondere bei der Gebäudetechnik, unseres Gebäudes Taunusanlage 12, Frankfurt am Main, zusätzliche finanzielle Verpflichtungen anfallen.

Des Weiteren ist die Deutsche Bank AG sonstige, kreditzusagenähnliche, finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 11,9 Mrd € im Geschäftsbereich Leveraged Finance eingegangen. Für diese Verpflichtungen sind Rückstellungen in Höhe von 203 Mio € gebildet worden. Diese Rückstellungen spiegeln Marktrisikoeffekte auf obige Verpflichtungen zur Begebung solcher Kredite wider, die nach Begebung zur Veräußerung bestimmt sind.

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und sonstigen Anteilen beliefen sich Ende 2007 auf 43 Mio €. Mithaftungen gemäß § 24 GmbH-Gesetz bestanden in Höhe von 5 Mio €. Soweit weitere Mithaftungen bestehen, ist die Bonität der Mitgesellschafter in allen Fällen zweifelsfrei.

Aus unserer Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, bestehen eine Nachschusspflicht bis zu 70 Mio € und eine quotale Eventualhaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, angehörender Gesellschafter.

Die Nachschusspflichten auf sonstige Anteile beliefen sich am 31. Dezember 2007 auf insgesamt 3 Mio €.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Deutschen Bank stehenden oder von ihr beherrschten Kreditinstituten anfallen.

Des Weiteren hat sich die Deutsche Bank AG gemäß § 3 Abs. 1a des Statuts des Einlagensicherungsfonds für Bank-Bausparkassen verpflichtet, den Fachverband für Bank-Bausparkassen e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten der Deutschen Bank Bauspar AG, Frankfurt am Main, anfallen.

Im Rahmen der Geschäftstätigkeit unserer Auslandsfilialen waren Sicherheitsleistungen aufgrund gesetzlicher Regelungen von 2,7 Mrd € erforderlich.

Verpflichtungen aus Geschäften an Terminbörsen sowie gegenüber Clearingstellen, für die Wertpapiere als Sicherheit hinterlegt wurden, beliefen sich zum 31. Dezember 2007 auf 19 Mrd €.

Im Zusammenhang mit der Weiterveräußerung des Handelshauses Klöckner & Co. AG, Duisburg, bestehen Eventualhaftungen in Höhe von insgesamt 45 Mio €.

PATRONATSERKLÄRUNG¹

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

Berliner Bank AG & Co. KG, Berlin	Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo
DB Investments (GB) Limited, London	Deutsche Bank S.A./N.V., Brüssel
Deutsche Asset Management International GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Barcelona
Deutsche Asset Management Investmentgesellschaft mbH vormals DEGEF Deutsche Gesellschaft für Fondsverwaltung mbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand
Deutsche Australia Limited, Sydney	Deutsche Bank (Suisse) S.A., Genf
Deutsche Bank Americas Holding Corp., Wilmington	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd., Singapur
Deutsche Bank (China) Co., Ltd., Peking	Deutsche Morgan Grenfell Group plc, London
Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg	Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong
Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur	Deutsche Securities Limited, Hongkong
Deutsche Bank Polska S.A., Warschau	DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank (Portugal), S.A., Lissabon	DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank Rt., Budapest	DWS Investment S.A., Luxemburg
Deutsche Bank S.A., Buenos Aires	OOO Deutsche Bank, Moskau
	Schiffshypothekenbank zu Lübeck
	Aktiengesellschaft, Hamburg

¹ Gesellschaften, mit denen ein Ergebnisabführungsvertrag besteht, sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes gekennzeichnet.

LAUFZEITENGLIEDERUNG DER FORDERUNGEN

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Andere Forderungen an Kreditinstitute	149.193	112.924
mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	97.813	74.621
mehr als drei Monate bis ein Jahr	28.271	25.019
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	10.284	8.223
mehr als fünf Jahre	12.825	5.061
Forderungen an Kunden	588.926	480.107
mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	475.153	363.771
mehr als drei Monate bis ein Jahr	37.800	52.635
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	41.009	35.364
mehr als fünf Jahre	27.192	27.579
mit unbestimmter Laufzeit	7.772	758

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (230.423 Mio €) werden 46.092 Mio € in 2008 fällig.

LAUFZEITENGLIEDERUNG DER VERBINDLICHKEITEN

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	209.430	187.667
mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	159.001	140.860
mehr als drei Monate bis ein Jahr	22.567	20.769
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	16.647	15.216
mehr als fünf Jahre	11.215	10.822
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	2.185	1.086
mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	878	450
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.162	442
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	143	192
mehr als fünf Jahre	2	2
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	256.905	212.419
mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	199.110	146.774
mehr als drei Monate bis ein Jahr	26.764	31.711
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	21.540	21.672
mehr als fünf Jahre	9.491	12.262
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	155.751	119.639
mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	34.726	26.325
mehr als drei Monate bis ein Jahr	28.313	31.049
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	56.170	38.748
mehr als fünf Jahre	36.542	23.517

Von den begebenen Schuldverschreibungen (33.374 Mio €) werden 4.236 Mio € in 2008 fällig.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten von 627 Mio € sind 206 Mio € wegen des Unterschiedsbetrags gemäß § 250 Abs. 3 HGB enthalten. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 520 Mio € betreffen mit 29 Mio € Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Abs. 2 HGB.

TREUHANDGESCHÄFTE

in Mio €	Treuhandvermögen		in Mio €	Treuhandverbindlichkeiten	
	31.12.2007	31.12.2006		31.12.2007	31.12.2006
Forderungen an Kreditinstitute	36	46	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	2
Forderungen an Kunden	334	335	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.034	843
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	397	387			
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	15	6			
Beteiligungen	47	12			
Sonstige Vermögensgegenstände	205	59			
Insgesamt	1.034	845	Insgesamt	1.034	845

ANGABEN ZU VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND UNTERNEHMEN, MIT DENEN EIN**BETEILIGUNGSVERHÄLTNIS BESTEHT**

in Mio €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
Forderungen an Kreditinstitute	73.356	61.728	0	2
Forderungen an Kunden	228.278	207.420	351	541
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	352	689	–	1.075
Positive Marktwerte aus Handelsderivaten (unter Sonstige Vermögensgegenstände)	14.682	12.585	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	100.980	93.902	492	30
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	132.238	102.504	615	1.050
Verbriefte Verbindlichkeiten	902	1.590	–	–
Nachrangige Verbindlichkeiten	7.418	5.831	–	–
Negative Marktwerte aus Handelsderivaten (unter Sonstige Verbindlichkeiten)	12.226	10.101	–	–

ANTEILSBESITZ

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes ist im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Sie kann bei der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, kostenlos angefordert werden.

ALS SICHERHEIT ÜBERTRAGENE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen:

in Mio €	31.12.2007	31.12.2006
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24.193	20.957
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	677	1.116

PENSIONS-GESCHÄFTE

Der Buchwert der in der Bilanz ausgewiesenen und in Pension gegebenen Vermögensgegenstände in Höhe von 45.277 Mio € betraf ausschließlich im Rahmen von Repo-Geschäften verpensionierte Wertpapiere.

FREMDWÄHRUNG

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände in Fremdwährung belief sich am Bilanzstichtag auf umgerechnet 1.142.644 Mio €, der der Schulden auf umgerechnet 1.046.331 Mio €.

TERMINGESCHÄFTE

Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Termingeschäfte beinhalten vor allem die nachfolgenden Arten von Geschäften:

- Zinssatzbezogene Geschäfte
Termingeschäfte auf Zinstitel, Zinstermingeschäfte, Zinsswaps, Zinsterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Zinsen und Indizes;
- Wechselkursbezogene Geschäfte
Devisen- und Edelmetalltermingeschäfte, Währungsswaps, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Devisen und Edelmetalle, Devisen- und Edelmetallterminkontrakte;
- Sonstige Geschäfte
Aktientermingeschäfte, Indexterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Aktien und Indizes.

Die oben genannten Geschäfte werden weitestgehend zur Deckung von Zins-, Wechselkurs- oder Marktpreisschwankungen für Handelsgeschäfte abgeschlossen.

MARKTWERTE VON DERIVATEN

in Mio €	Nominal- betrag	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
OTC-Produkte			
Zinsbezogene Geschäfte	36.700.156	331.145	340.918
Wechselkursbezogene Geschäfte	4.404.533	69.693	71.878
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	824.545	48.125	54.286
Kreditderivate	5.186.894	121.055	111.439
Sonstige Geschäfte	442.030	25.719	24.918
Börsengehandelte Produkte			
Zinsbezogene Geschäfte ¹	71.506	0	0
Wechselkursbezogene Geschäfte ¹	0	0	0
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	377.821	16.406	17.942
Sonstige Geschäfte	15.262	156	231
Insgesamt	48.022.747	612.299	621.612

¹ Aufgrund von täglichen Ausgleichszahlungen sind die Marktwerte der zins- und wechselkursbezogenen Geschäfte null bzw. annähernd null.

Die positiven Marktwerte von 612.299 Mio € und die negativen Marktwerte von 621.612 Mio € beinhalten Derivate des Handelsbereichs sowie zu Absicherungszwecken gehaltene Derivate. Die positiven und negativen Marktwerte von Handelsderivaten sind in den sonstigen Vermögensgegenständen und den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG

ERTRÄGE NACH GEOGRAFISCHEN MÄRKTEN

Der Gesamtbetrag der Zinserträge, laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, der Provisionserträge, des Nettoertrags aus Finanzgeschäften und der sonstigen betrieblichen Erträge verteilt sich auf verschiedene Regionen und führt gemäß § 34 Abs. 2 RechKredV zu folgender Übersicht:

in Mio €	2007	2006
Bundesrepublik Deutschland	14.248	12.294
Europa ohne Deutschland	29.596	26.863
Amerika	7.702	5.694
Afrika/Asien/Australien	5.334	3.941
Insgesamt	56.880	48.792

FÜR DRITTE ERBRACHTE DIENSTLEISTUNGEN FÜR VERWALTUNG UND VERMITTLUNG

Für Dritte wurden nachstehende Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung erbracht: Depotverwaltung, Vermittlung von Hypotheken, Versicherungen und Bausparverträgen, Verwaltung von Treuhandvermögen und Vermögensverwaltung.

ANDERE VERWALTUNGSaufWENDUNGEN

Die Tabelle zeigt die von unserem Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für das Geschäftsjahr 2007 in den folgenden Kategorien:

Kategorie in Mio €	2007	2006
Prüfungshonorare	13	13
Honorare für prüfungsnahen Dienstleistungen	3	3
Honorare für Steuerberatung	2	1
Insgesamt	18	17

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

In den sonstigen betrieblichen Erträgen von 627 Mio € werden unter anderem ausgewiesen: 138 Mio € Erstattung von Vorsteuer für Vorjahre, 89 Mio € Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, 66 Mio € Absicherungsgewinne im Zusammenhang mit aktienbasierter Vergütung, 77 Mio € Erträge im Zusammenhang mit der Beendigung von Rechtsstreitigkeiten sowie 43 Mio € Wertaufholungen für zum Verkauf bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

SONSTIGE BETRIEBLICHE aufWENDUNGEN

Der Posten sonstige betriebliche Aufwendungen von 1.849 Mio € enthält im Wesentlichen 1.161 Mio € Bewertungsanpassungen für zur Veräußerung bestimmte Forderungen und damit im Zusammenhang stehende Kreditzusagen, mehrheitlich im Bereich Leveraged Finance. Darin enthalten sind Rückstellungen für unwiderrufliche Kreditzusagen

von 163 Mio € sowie für sonstige, kreditzusagenähnliche finanziellen Verpflichtungen von 203 Mio €. Diese Rückstellungen spiegeln Marktrisikoeffekte auf Zusagen für solche Kredite wider, die nach Begebung zur Veräußerung bestimmt sind. Zu den sonstigen betrieblichen Aufwendungen gehören außerdem Aufwendungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten von 144 Mio €.

AUSSERORDENTLICHE AUFWENDUNGEN/AUSSERORDENTLICHE ERTRÄGE

Die außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 2 Mio € betreffen Nachverrechnungen im Zusammenhang mit dem 2005 aufgelegten Restrukturierungsprogramm. Die außerordentlichen Erträge in Höhe von 8 Mio € betreffen Auflösungen im Zusammenhang mit im Vorjahr gebildeten Restrukturierungsrückstellungen.

SONSTIGE ANGABEN

VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Die Gesamtbezüge des Vorstands sind im Vergütungsbericht auf den Seiten 10 bis 15 dargestellt. An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden 33.479.343 € gezahlt. Der Aufsichtsrat erhielt für 2007 exklusive Umsatzsteuer neben einer festen Vergütung (inklusive Sitzungsgeld) von 2.366.000 € eine variable Vergütung in Höhe von 3.656.084 €.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen betragen insgesamt 176.061.752 €.

Zum 31. Dezember 2007 sind uns folgende Aktionäre, die gemäß § 21 Wertpapierhandelsgesetz einen Stimmrechtsanteil von mindestens 3 % halten, gemeldet worden: Barclays Bank PLC, London (3,10 % Deutsche Bank AG Aktien) AXA S.A., Paris (3,08 % Deutsche Bank AG Aktien) und UBS AG, Zürich (4,07 % Deutsche Bank AG Aktien).

Zum Jahresende 2007 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 2.186.400 € und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 1.713.528 €. Aufsichtsratsmitglieder zahlten in 2007 Kredite in Höhe von 1,1 Mio € zurück.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 55 und 56 aufgeführt.

Das Verzeichnis der Mandate enthält eine Aufstellung aller Mandate im In- und Ausland und ist im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Es kann, ebenso wie der Corporate-Governance-Bericht, bei der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, kostenlos angefordert werden.

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 28.013 (2006: 25.975), darunter befanden sich 10.378 Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Bei den Auslandsfilialen waren im Durchschnitt 16.557 (2006: 14.295) Mitarbeiter tätig.

CORPORATE GOVERNANCE

Die Bank hat die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.

Frankfurt am Main, den 4. März 2008

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Der Vorstand



Josef Ackermann



Hugo Bänziger



Anthony Di Iorio



Hermann-Josef Lamberti

VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss der Deutschen Bank AG ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank AG vermittelt und im Lagebericht der Deutschen Bank AG der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Deutschen Bank AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Deutschen Bank AG beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 4. März 2008



Josef Ackermann



Hugo Bänziger



Anthony Di Iorio



Hermann-Josef Lamberti

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Bank AG. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 10. März 2008

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Becker
Wirtschaftsprüfer



Bose
Wirtschaftsprüfer

Vorstand

Josef Ackermann

Vorsitzender

Hugo Bänziger

Anthony Di Iorio

Hermann-Josef Lamberti

Aufsichtsrat

Dr. Clemens Börsig

– Vorsitzender,
Frankfurt am Main

Heidrun Förster*

– Stellvertretende Vorsitzende,
Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Berlin

Dr. Karl-Gerhard Eick

Stellvertretender Vorsitzender
des Vorstands der
Deutsche Telekom AG,
Köln

Ulrich Hartmann

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der E.ON AG,
Düsseldorf

Gerd Herzberg*

Stellvertretender Vorsitzender der
ver.di Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft,
Hamburg

Sabine Horn*

Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Rolf Hunck*

Deutsche Bank AG,
Seevetal

Sir Peter Job

London

Prof. Dr. Henning Kagermann

Sprecher des Vorstands
der SAP AG,
Hockenheim

Ulrich Kaufmann*

Deutscher Bankangestellten-
Verband, Gewerkschaft für
Finanzdienstleister, Ratingen

Peter Kazmierczak*

Deutsche Bank AG,
Herne

Maurice Lévy

Chairman und Chief Executive
Officer, Publicis Groupe S.A.,
Paris

Henriette Mark*

Deutsche Bank AG,
München

Prof. Dr. jur. Dr.-Ing. E.h.

Heinrich von Pierer

Erlangen

Gabriele Platscher*

Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Braunschweig

Karin Ruck*

Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Dr. Theo Siegert

Geschäftsführender Gesellschafter
der de Haen Carstanjen & Söhne,
Düsseldorf

Tilman Todenhöfer

Persönlich haftender
Gesellschafter der Robert Bosch
Industrietreuhand KG,
Stuttgart

Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E.h.

Jürgen Weber

Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Deutsche Lufthansa AG,
Hamburg

Leo Wunderlich*

Deutsche Bank AG,
Mannheim

* Von den Arbeitnehmern in
Deutschland gewählt.

AUSSCHÜSSE

Präsidialausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Heidrun Förster*

Ulrich Hartmann

Ulrich Kaufmann*

Vermittlungsausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Heidrun Förster*

Ulrich Hartmann

Henriette Mark*

Prüfungsausschuss

Dr. Karl-Gerhard Eick
– Vorsitzender

Dr. Clemens Börsig

Heidrun Förster*

Sabine Horn*

Rolf Hunck*

Sir Peter Job

Risikoausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Sir Peter Job

Prof. Dr. Henning Kagermann

Prof. Dr. jur. Dr.-Ing. E.h.
Heinrich von Pierer
– Ersatzmitglied

Tilman Todenhöfer
– Ersatzmitglied

Nominierungsausschuss

(seit 30. Oktober 2007)

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Ulrich Hartmann

Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Jürgen Weber

* Von den Arbeitnehmern in
Deutschland gewählt.

European Advisory Board

Werner Wenning

– Vorsitzender
Vorsitzender des Vorstands der
Bayer AG, Leverkusen

Dr. Kurt Bock

Mitglied des Vorstands der
BASF Aktiengesellschaft,
Ludwigshafen

Dr. Karl-Ludwig Kley

Vorsitzender der Geschäftsleitung
und persönlich haftender
Gesellschafter der Merck KGaA,
Darmstadt

Francis Mer

Bourg-la-Reine

Alexey A. Mordashov

Vorsitzender des Vorstands des
Severstal-Konzerns,
Russland

Dr. h. c. August Oetker

Persönlich haftender
Gesellschafter der
Dr. August Oetker KG, Bielefeld

Eckhard Pfeiffer

Kitzbühel

Dr. Bernd Pischetsrieder

Volkswagen AG, Wolfsburg

Dr. Wolfgang Reitzle

Vorsitzender des Vorstands der
Linde AG, München

Dr. rer. pol. Michael Rogowski

Vorsitzender des Aufsichtsrats der
J. M. Voith AG, Heidenheim

Håkan Samuelsson

Vorsitzender des Vorstands der
MAN Aktiengesellschaft,
München

Maria-Elisabeth Schaeffler

Gesellschafterin und Vorsitzende
des Aufsichtsrats der
INA-Holding Schaeffler KG,
Herzogenaurach

Jürgen R. Thumann

Präsident des Bundesverbandes der
Deutschen Industrie e.V.,
Vorsitzender des Gesellschafter-
ausschusses der
Heitkamp & Thumann KG,
Düsseldorf

Dr. Dieter Zetsche

Vorsitzender des Vorstands der
Daimler AG und Leiter des
Geschäftsfeldes Mercedes-Benz
Cars, Stuttgart

Americas Advisory Board

Norman Augustine

Former CEO & Chairman,
Lockheed Martin

Ellen R. Marram

President,
The Barnegat Group LLC

Michael Capellas

Senior Advisor, Silver Lake Partners;
former President & CEO, MCI

Lynn Martin

President, Martin Hall Group;
former U.S. Secretary of Labor

Anthony W. Deering

Chairman, Exeter Capital

Robert P. May

CEO, Calpine Corp.

Archie Dunham

Former Chairman, ConocoPhillips

George J. Mitchell

Former Chairman,
Walt Disney Company;
former U.S. Senator

Benjamin H. Griswold, IV

Chairman, Brown Advisory

Michael E. J. Phelps

Chairman, Dornoch Capital

Robert L. Johnson

Founder & Chairman,
the RLJ Companies

John Snow

Chairman,
Cerberus Capital Management;
former U.S. Secretary of the
Treasury

Edward Kangas

Chairman, Tenet Healthcare

Latin American Advisory Board

Mauricio Botelho

Former President and CEO,
Embraer, Brazil

Amalia Lacroze de Fortabat

Owner and President,
Grupo Fortabat, Argentina

Fernando Henrique Cardoso

Former President of the
Federative Republic of Brazil

Lynn Martin

President, Martin Hall Group;
former U.S. Secretary of Labor

Nicolás Eyzaguirre Guzmán

Former Minister of Finance of the
Republic of Chile

Luis Pagani

President, Asociación Empresaria,
Argentina

Enrique Iglesias

Secretary-General,
Ibero-American Conference

Miguel Urrutia Montoya

Professor at the Universidad de
los Andes; former Governor of the
Central Bank of Colombia

Pedro Pablo Kuczynski

Partner & Senior Advisor,
the Rohatyn Group;
former Prime Minister of Peru

Asia Pacific Advisory Board

Pham Thanh Binh

Chairman and CEO of
Vinashin, Vietnam

Robert E. Fallon

Former Chairman,
Korea Exchange Bank, Korea

Toru Hashimoto

Chairman,
Deutsche Securities Inc., Japan

Nobuyuki Idei

Founder and CEO of
Quantum Leaps Corporation,
Japan

Dr. Tony Tan Keng Yam

Former Deputy Prime Minister and
Co-ordinating Minister for Security
and Defence of Singapore

Gang-Yon Lee

Chairman of the Board,
Korea Gas Corporation and
Senior Advisor to Lee International
IP & Law Group, Korea

Dr. David K.P. Li

Chairman and Chief Executive,
The Bank of East Asia, China

Dr. Li Qingyuan

Director-General, Office of Strategy
and Development Committee at the
Securities Regulatory Commission,
China

Subramaniam Ramadorai

CEO and Managing Director,
Tata Consultancy Services Limited,
India

Sofjan Wanandi

Chairman and CEO,
Gemala Group, Indonesia

Zhang Yunling

Professor of International Economics
at the Chinese Academy of Social
Science, China

WICHTIGE TERMINE

2008

29. April 2008	Zwischenbericht zum 31. März 2008
29. Mai 2008	Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)
30. Mai 2008	Dividendenzahlung
31. Juli 2008	Zwischenbericht zum 30. Juni 2008
30. Oktober 2008	Zwischenbericht zum 30. September 2008

2009

05. Februar 2009	Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2008
24. März 2009	Geschäftsbericht 2008 und Form 20-F
28. April 2009	Zwischenbericht zum 31. März 2009
26. Mai 2009	Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)
27. Mai 2009	Dividendenzahlung
29. Juli 2009	Zwischenbericht zum 30. Juni 2009
29. Oktober 2009	Zwischenbericht zum 30. September 2009
